

Politische Berichte



Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse

Postfach 260 226, 50150 Köln

Hausadresse GNN-Verlag,

Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,

Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 6 / 17. Jahrgang

21. März 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Ein grotesker Boom!

Rekorde im Waren- und Kapitalexport, bei Billigstarbeit und Arbeitslosigkeit

Der großmäulige Zynismus, mit dem Vertreter der Kapitalisten derzeit auftreten, scheint kaum noch zu überbieten. Während VW, Bayer, BASF und Hoechst neue Rekordgewinne bekanntgaben, nannte DIHT-Chef Stihl das von der IG Metall geforderte „Bündnis für Arbeit“ ein „Windei“, verkündete Gesamtmetall-Geschäftsführer Stumpfe, das Bündnis für Arbeit sei „tot“, und warf IG-Metall-Chef Zwickel „blanken Zynismus“ vor.

Währenddessen laufen die Rationalisierungsprogramme in den Firmen rapide weiter. Zu den Entlassungen im Automobil- und Elektrobereich, bei Werften und Luftfahrt, im Bau und anderen Gewerkschaften kommen immer mehr Entlassungen im öffentlichen Dienst, bei Banken, Versicherungen, im Einzelhandel. Der Einzelhandelsverband rechnet dieses Jahr mit 50.000 Entlassungen, angeblich infolge Umsatzrückgängen, tatsächlich vor allem wegen weiterer Verdichtung der Arbeit. Bei Banken und Versicherungen werden u.a. infolge Ausbreitung von Online-Geschäften und Arbeitsintensivierungen ebenfalls über zehntausend Entlassungen erwartet.

In welchem Ausmaß die deutschen Konzerne ihre Position auf dem Weltmarkt bereits verbessert haben, verdeutlichen zwei andere Rekordzahlen, die in der öffentlichen Diskussion sorgsam im Hintergrund gehalten werden.

So meldete das Statistische Bundesamt, der Überschuss der Wareneinfuhren sei 1995 auf 93,4 Mrd. DM gestiegen: Ausfuhren von 727,6 Mrd. DM (+5,4% gegenüber 1994) standen Einfuhren von 634,2 Mrd. DM (+2,7% gegenüber 1994) gegenüber. Damit hat der Ausfuhrüberschuß der BRD den höchsten Stand seit 1990 erreicht.

Noch stärker stiegen die Kapitalexporte. 51,987 Mrd. DM gaben BRD-Konzerne 1995 für den Kauf neuer Firmenbeteiligungen und Fabriken im Ausland aus. Das ist fast doppelt so viel wie 1989, dem Jahr der DDR-Annexion und des gleichzeitig höchsten Überschusses im Warenexport. Damals legten die Konzerne „nur“ 28,5 Mrd. DM im Ausland an.

Die größten Firmenzukäufe erfolgten 1995 erneut in anderen Industriestaaten. In den USA kauften deutsche Konzerne für 9,1 Mrd. DM neue Firmen (1994: 3,0 Mrd. DM), in Großbritannien für 11,1 Mrd. DM (1994: 2,8 Mrd. DM), in Frankreich für 8,4 Mrd. DM (1994: 2,1 Mrd. DM), in Italien für 2,6 Mrd. DM (1994: 0,5 Mrd. DM), in den Niederlanden für 3,3 Mrd. DM (1994: 1,5 Mrd. DM). Zusammen entfielen auf diese fünf Staaten zwei Drittel des deutschen Kapitalexports. Aber auch der Kapitalexport in die Niedriglohngebiete der von der Bundesbank „Reformländer“ genannten früheren RGW-Staaten expandierte: Nach Firmenkäufen in Höhe von 3,3



Mit mehrfachen Warnstreiks protestierten bei Mercedes-Benz in Stuttgart Anfang März mehrere tausend Beschäftigte gegen ein Rationalisierungsprogramm der Geschäftsleitung, mit dem u.a. der Samstag zum Regelarbeitstag gemacht und zahlreiche Pausen ersatzlos abgeschafft werden sollten. Nach letzten Meldungen konnte zumindest die Absicht der Geschäftsleitung, den Samstag zum Regelarbeitstag zu machen, abgewehrt werden. Ausführlicher Bericht auf Seite 12.

Mrd. DM 1994 kauften sich 1995 deutsche Konzerne in diesen Staaten für fast 4,9 Mrd. DM neue Fabriken und Beteiligungen. Schwerpunkte waren erneut Ungarn, die Tschechische und Slowakische Republik und Polen (zusammen 4 Mrd. DM gegenüber 2,4 Mrd. DM 1994). Vor allem in den letztgenannten „Reformstaaten“ dürften die deutschen Konzerne durch diese Käufe erneut die Zahl ihrer Auslandsbeschäftigten stark ausgeweitet haben.

Dieser „Erfolg“, d.h. die Ausweitung der Beschäftigung zu Niedrigstlöhnen in Fabriken und Werkstätten, die in unmittelbarer Nähe zu den westeuropäischen Absatzmärkten produzieren, ist einer der wichtigsten Gründe für das anmaßende Auftreten der Konzerneigner und Firmenchefs in der BRD. Wer in der tschechischen Republik zu 3,50 bis

4,00 DM die Stunde produzieren lassen kann, kann auch anmaßend gegenüber den Gewerkschaften und Beschäftigten in der BRD auftreten. Es wird deshalb höchste Zeit, daß sich die DGB-Gewerkschaften mit den Beschäftigten und deren Gewerkschaften in Niedriglohnstaaten wie der tschechischen Republik, Polen und Ungarn verbinden und eine gemeinsame Kritik und Gegenwehr gegen die dort in den Filialen und Zuliefererbetrieben deutscher Konzerne praktizierten Löhne und Arbeitsbedingungen entwickeln. (rül)
Quellen: Handelsblatt, 8.3., 13.3.; Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik Februar 1996

Seite 4/5: Kurdische Friedensdemo verboten

IG BAU zum Streik bereit

Mindestlohn-Verhandlung in der Schlichtung

Eindrucksvoll demonstrierten die Bauarbeiter am vergangenen Freitag für die Umsetzung des Entsendegesetzes und gegen Tarifbruch: In 150 Städten beteiligten sich 35.000 an Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Seit 1. März ist das Entsendegesetz auf dem Papier gültig. Damit es seine Wirkung entfalten kann, ist jedoch der Abschluß eines tariflichen Mindestlohns erforderlich, und nicht nur das: Dieser Mindestlohn benötigt die Zustimmung des Tarifausschusses beim Bundesarbeitsministerium, damit er allgemeinverbindlich und somit auch von nicht tarifgebundenen Arbeitgebern zu zahlen ist. In diesem Tarifausschuß sitzen Vertreter von Gesamtmetall, Gesamttextil und BDA, die bereits im Vorfeld erklärt haben, daß sie der Allgemeinverbindlichkeit nicht zustimmen werden, es sei denn, der Mindestlohn sei entsprechend niedrig.

Am Ende der 4. Verhandlungsrunde am 12. März erklärten die Bau-Arbeitgeber die Gespräche für gescheitert und

riefen den Schlichter (Ex-Bundesfinanzminister Hans Apel) an. Zwar hatte IG BAU die Höhe ihrer Mindestlohnforderung bereits auf 19,58 Mark reduziert. Sie war jedoch nicht bereit, einem Stufenmodell als Übergangsregelung zuzustimmen, weil dieses das (bis 1999 befristete) Entsendegesetz auf Jahre hinaus unterlaufen hätte.

Die Absenkung der Mindestlohnforderung durch die IG BAU muß zweifelsfrei als Entgegenkommen bewertet werden, weil damit faktisch ein auch neuer Mindestlohn für hiesige Bauarbeiter festgeschrieben wird, der mit 19,58 Mark um 20 % unter dem Ecklohn liegen würde. Den Arbeitgebern wäre er dennoch viel zu hoch. So läßt man in der Presse verlautbaren, er müsse nahe dem Stundenlohn sein, der derzeit den EU-Ausländern oder Illegalen bezahlt werde. Letztere, z.B. Russen auf Berliner Baustellen, erhalten 1,50 DM/Std.!

Seit Beginn d. J. beobachtet die IG BAU zunehmenden Tarifbruch durch die Arbeitgeber. Darauf hat sie mit ihrer „Aktion Tariflohn – Top oder Flop“ Ende



Februar hingewiesen. Die „Rechtsbrecher“, die neuerdings das 13. Monatsgehalt ganz oder teilweise nicht auszahlen, die Bauarbeiter entlassen, um das tarifliche Überbrückungsgeld bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall zu sparen oder die Beschäftigten zwingen, ihren Jahresurlaub im Winter zu nehmen, und die schon die ganze Zeit unter Tarif bezahlen, sind natürlich besonders an einem niedrigen Tariflohn interessiert.

Der Schlichter muß nun innerhalb von 14 Tagen einen Schlichtungspruch fällen.

Danach haben die Tarifvertragsparteien eine 14-tägige Erklärungsfrist. Die IG BAU sei streikbereit, erklärte ihr Vorsitzender Wiesehögel am vergangenen Samstag in Dortmund. (har)

Quellen: Presseerklärung IG BAU, 21.2.; „Handelsblatt“ u. „Tagesspiegel“ Febr./März; Fernsehinterview m. Vorsitzenden der IG BAU Berlin-Br., Klaus Pankau, 15.3.

S. 11: Funktionärskonferenz der IG Bauen

AKTUELL IN BONN**Kein Rederecht bei Massen-Petitionen**

Auch bei Petitionen an den Bundestag, die von mehr als 100.000 Personen unterstützt werden, sollen Vertreterinnen und Vertreter solcher Petitionen im Bundestag kein Rederecht erhalten. Das haben die Regierungsparteien und die SPD im Petitionsausschuß beschlossen. Eine Petition, ein solches Rederecht bei Massen-Petitionen zu ermöglichen, wurde von ihnen gegen die Stimmen von Grünen/Bündnis 90 und PDS abgelehnt. (Woche im Bundestag 4/96, S. 77)

Bundeszentrale fördert die „Neue Rechte“

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, an der Verbreitung von Artikeln der „neuen Rechten“ in Schriften der „Bundeszentrale für politische Bildung“ oder in der Zeitung „Das Parlament“ zu kritisieren oder gar dagegen einzuschreiten. Die Abgeordnete der Grünen, Annelie Buntenschbach, hatte in einer Anfrage darauf hingewiesen, daß der Präsident der Bundeszentrale, Dr. Günther Reichert, der rechtsextremistischen „Deutschen Gildenschaft“ angehört und daß in von der Bundeszentrale verantworteten Schriften u.a. ehemalige NPD-Mitglieder unkritisiert zu Wort kommen können. Antwort der Bundesregierung: die Bundeszentrale würde durch ihre Publikationen die Leser anregen, „Positionen innerhalb des breiten demokratischen Spektrums zu beziehen bzw. zu festigen“. (Ds. 13/3929)

Bundesregierung verteidigt Berufsverbote

Fünf Bediensteten der Bundesverwaltung ist nach Angaben der Bundesregierung in den vergangenen 15 Jahren wegen einer Tätigkeit für die DKP gekündigt worden. Das jedenfalls behauptet die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS (Ds. 13/3853). Die PDS hatte u.a. gefragt, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall der Studienrätin Dorothea Vogt ziehe. Das Europäische Gericht hatte die 1986 verfügte Entlassung der Studienrätin vor kurzem als Verstoß gegen die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit verurteilt. Dies sei, so die Bundesregierung, eine „Einzelfallentscheidung“.

Höhere Mehrwertsteuer?

In der Debatte um die Krise der öffentlichen Haushalte und die Lohnzusatzkosten findet die Forderung der Arbeitgeberverbände nach einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und einer gleichzeitigen Erhöhung der Mehrwertsteuer weite Unterstützung. Das *Handelsblatt* meint, damit würde „das Standortproblem etwas freundlicher“. Aus Unionskreisen in Bonn werden inzwischen Rechnungen aufgemacht, nach denen Walgel im laufenden Haushaltsjahr bereits jetzt 14 Mrd. DM fehlen. Die SPD erwartet einen noch höheren Fehlbetrag. Die FDP hatte schon vor längerem verlangt, mit einem „Haushaltsicherungsgesetz“

weitere Eingriffe in Sozialleistungen von Bund, Ländern und Kommunen zu erzwingen.

Steuer auf Flugbenzin?

Die seit Jahren von den Regierungsparteien, aber auch der SPD zu verantwortende Steuerfreiheit auf Flugbenzin kommt unter Druck. Das Umweltbundesamt in Berlin forderte Anfang der letzten Woche, den Flugzeugtreibstoff Kerosin ebenso wie Benzin zu besteuern. Der Ausstoß von Kohlendioxid läge bei Reisen im Flugzeug je beförderte Person um 40%, der von Stickstoffoxiden sogar um 50% höher als bei Fahrten mit dem Auto. Schon jetzt trage der Flugverkehr zu 10% des gesamten Kohlendioxid-Ausstoßes in der BRD bei.

Zunehmende Armut auch unter Kindern

Der Kinderschutzbund hat auf die zunehmende Armut unter Kindern aufmerksam gemacht. Nach seinen Erhebungen wurden 1994 bereits an 900.000 Minderjährige „Hilfen zum Lebensunterhalt“ gezahlt. Im vergangenen Jahr sei die Zahl der Unterstützungsbedürftigen auf über eine Million gestiegen, schätzt der Kinderschutzbund. Vor allem jungen Familien falle es immer schwerer, genügend Arbeitseinkommen zu erzielen, um die Kosten der Kinder aufzubringen.

Schilly für Lauschangriff

In der Debatte über die Ausweitung von Abhörmöglichkeiten der Sicherheitsapparate hat der SPD-Abgeordnete und Ex-Grüne Schilly einen neuen Beitrag zur Förderung der Polizeivollmachten geleistet. In einem im Bundestag eingebrachten Antrag fordert er, härter gegen Schmiergeldzahlungen vorzugehen. Dazu soll laut Schilly auch die „Telefonüberwachung beim Verdacht auf gravierende Bestechungsfälle“ gehören.

4 Mrd. DM für Jelzin!

Wenige Monate vor den russischen Präsidentschaftswahlen hat die Bundesregierung der russischen Regierung unter Jelzin einen auch in der Presse offen als „politisch“ eingestuft Kredit über 4 Mrd. DM gewährt. 3 Mrd. DM davon fließen direkt in die russische Staatskasse - ob von da in den Tschetschenien-Krieg oder in Jelzins Wahlkampf, steht der russischen Regierung frei. 1 Mrd. DM ist ein Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die 3 Mrd. DM direkt in Jelzins Staatskasse werden von der Deutschen Bank zu „marktüblichen Zinsen“ geliehen und von der Bundesregierung zu 90% garantiert, also für die Deutsche Bank ein Bombengeschäft.

Was kommt demnächst?

Der Bundestag ist wieder einmal im Urlaub - Osterpause. Am 22. März berät der Bundesrat, u.a. über Rüttgers Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes. Am 24. März sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Am 29. März tagt der EU-Gipfel in Florenz. Dort wird die Maastricht-Nachfolgekonferenz eröffnet.

Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega! Appell an den Bundesjustizminister

Während das Bundesverfassungsgericht noch über die Rechtsbeschwerde der Anwälte des in Berlin inhaftierten Benjamin Ramos Vega berät, hat die Berliner „Antirassistische Initiative“ gemeinsam mit anderen Personen einen Appell an den Bundesjustizminister gestartet. Wer den Appell unterstützen will, wird gebeten, sich bis zum 29. März zu melden: Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 030-7857281, Fax 030-7869984. Hier Auszüge:

Sehr geehrter Herr Justizminister Schmidt-Jortzig, am 27. Dezember 1995 erging vom Berliner Kammergericht der Beschluß, in dem die Auslieferung des spanischen Staatsbürgers Benjamin Ramos Vega an Spanien für zulässig erklärt wurde. Diesen Beschluß haben wir mit Empörung zur Kenntnis genommen. Wir fordern Sie daher auf, von Ihrem Recht Gebrauch zu machen und der Auslieferung von Herrn Ramos Vega nicht stattzugeben, da dem gewichtige Gründe entgegenstehen.

Herrn Ramos Vega wird in Spanien vorgeworfen, zusammen mit seiner Lebensgefährtin Wohnungen angemietet zu haben, die der ETA zur Lagerung von Waffen und Sprengstoff gedient haben sollen. Die Aussagen ... sind von einer dritten Person unter Folter erpreßt und später von dieser widerrufen worden.

Das Kammergericht Berlin konnte diesen ungeheuren Vorwurf nicht widerlegen. Auch das Bundesverfassungsgericht ... erachtet diesen Vorhalt offensichtlich für nicht unbegründet.

Mit umfangreichen Unterlagen hat die Verteidigung des Herrn Ramos Vega nachgewiesen, daß Folter in Spanien kein Einzelfall ist, sondern systematisch gegen politische Gefangene angewandt

wird. Spanien hat als einziges Land der Veröffentlichung der Berichte des Europarat-Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung nicht zugestimmt. Die menschenrechtswidrigen Zustände in spanischen Gefängnissen bzw. im Polizeigewahrsam der spanischen Polizei wurden auch von zwei Beauftragten der UN-Menschenrechtskommission sowie von „amnesty international“ in den letzten Jahren angeprangert. (...)

Eine Auslieferung von Herrn Ramos Vega käme einer Honorierung von Folter gleich, daß das Auslieferungersuchen auf Ermittlungsergebnissen basiert, die unter Folter erpreßt wurden. Damit würde nicht nur gegen Art. 15 der „UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ verstoßen, sondern auch die Grundrechte von Herrn Ramos Vega verletzt.

(...) Auch die angestrebte Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union auf dem Gebiet der Rechtshilfe- und Auslieferungsrechts darf nicht dazu führen, daß unveräußerliche Menschenrechte einer zu überstellenden Person verletzt werden. (...)

Erstunterzeichner: Antirassistische Initiative Berlin, AnwaltInnenbüro Mehringhof, Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin, GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus (Berlin), Ulla Jelpke (MdB, PDS), Ismail Kusan (MdB Berlin, Bündnis 90/Die Grünen, Ausländerpol Sprecher), medico international (Ffm.), Ronald Oeftering, Rote Hilfe e.V. (Bundesvorstand), Claudia Roth (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Rosi Schott (Stellv. Vorsitzende der HBV, Berlin), Marion Seelig (MdB Berlin, PDS), Verein demokratischer Juristen und Juristinnen - Dieter Hummel, Weltfriedensdienst (Berlin)

Förderung des „intellektuellen Rechtsextremismus“**Bundeszentrale fördert Braunzonen-Kontakten**

In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten A. Buntenschbach, B. 90/Grüne: „Die Neue Rechte in Veröffentlichungen der Bundeszentrale für Politische Bildung“ hat die Bundesregierung sich zur Förderung der „Neuen Rechten“ bekannt. Demnach muß befürchtet werden, daß diese politische Strömung, die der ehemalige NRW-Innenminister Schnoor als „intellektuellen Rechtsextremismus“ klassifizierte, einen festen Platz in der politischen Bildung einnehmen wird.

In der Zeitung der Bundeszentrale *Das Parlament* waren im letzten Jahr mehrfach Beiträge der „Neuen Rechten“ erschienen, die auch als Kopien in Klassensatzstärke für Schulen angeboten werden. Dabei handelt es sich nicht um ein Versehen der Verantwortlichen, sondern offensichtlich um einen festen Bestandteil der bildungspolitischen Konzeption. (...) In der Themenausgabe zum 8. Mai 1995 wurden in einem Artikel zum Beispiel die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht geleugnet und diejenigen Soldaten gelobt, die trotz erster „Nachrichten und Eindrücken von Konzentrationslagern“ nicht desertierten, sondern auch im „Endkampf“ noch ausharrten.

Am 24.11.1995 wurde in einer Buchbesprechung des Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation“ beworben, in dem auch der VS-Bericht NRW 1994 ei-

nige Beiträge „eindeutig rechtsextremistischer Zielsetzung“ erkennt.

Derlei unkomentierte verbreitete Ansichten, so die Bundesregierung, würden anregen, „Positionen innerhalb des breiten demokratischen Spektrums zu beziehen“ und gehören zur vielbeschworenen „geistig-politischen Auseinandersetzung“ der Bundesregierung mit dem Rechtsextremismus. Würde man dieser absurden Logik folgen, wäre auch die Verbreitung von neonazistischer Propaganda zu fördern. Daß die „Neue Rechte“ ausgerechnet in der Bundeszentrale für politische Bildung ein Forum findet, weist auch auf die Person des Präsidenten der Bundeszentrale, Dr. Günther Reichert. Reichert ist Mitglied der „Deutschen Gildenschaft“, die sich als „Lebensbund“ versteht und in der zahlreiche „Neue Rechte“ und auch Rechtsextremisten Mitglieder waren und sind. So gehörten zur „Deutschen Gildenschaft“ der als Chefideologe der NPD bekannte Ernst Anrich oder der Mitverfasser des „Republikanerprogramms“ Hellmut Diwald.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Rechtsextremismus, den „intellektuellen Rechtsextremismus“ endlich ernst zu nehmen und hinsichtlich des Präsidenten der Bundeszentrale Konsequenzen zu ziehen.

(Pressemittlung Annelie Buntenschbach, Bündnis 90/Die Grünen, MdB, gekürzt)

„Wollen Sie die Pazifisten daran hindern, ihre pazifistische Position auszudrücken?“ Uwe-Jens Heuer im Bundestag

In der Soldaten-Mörder-Debatte des Bundestages bestätigten Rednerinnen und Redner aus CDU, CSU, FDP, SPD und den Grünen, daß die Tucholskysche Charakterisierung des Soldatentumes auf die Bundeswehr nicht zuträfe. Lediglich Beiträge aus der PDS stellten klar, daß auch den Soldaten der Bundeswehr dieser Spiegel vorgehalten werden müsse. Es folgen Auszüge aus der Rede von Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS)

... Seit dem Jugoslawien-Einsatz ist es tatsächlich wieder so weit, daß deutsche Soldaten letzten Endes auch zum Töten und Getötetwerden in die Welt geschickt werden. Der Ernstfall ist nicht mehr der Frieden — Herr Geis hat es hier ausdrücklich gesagt —, wie das ein Bundespräsident den Soldaten ans Herz legte, sondern der Krieg. Und im Krieg wird geschossen und gebombt, also getötet.

Soldaten werden zum Töten von Menschen ausgebildet. Wer das beim Namen nennt, der soll jetzt bis zu drei Jahre in den Knast; das ist die Quintessenz des Vorschlags oder jedenfalls eine Konsequenz. Übrigens liegt der erbitterte Kampf gegen die Rehabilitierung der Deserteure auf der gleichen Linie. Ich habe in der Anhörung des Rechtsausschusses am 29. November 1995 den von der CDU/CSU benannten Gutachter, Dr. Jürgen Schreiber, gefragt, ob die von ihm kritisierte generelle Rehabilitierung von Deserteuren vielleicht geeignet sein soll, zukünftige Kriegeinsätze deutscher Truppen zu legitimieren. Er erklärte mir daraufhin mit dankenswerter Offenheit, daß eine globale Erklärung „Alle bis zum 8. Mai 1945 Desertierten sind rehabilitiert.“ schon eine negative Wirkung haben könnte.

In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es, daß es angesichts der

bedeutsamen friedenserhaltenden Aufgaben der Bundeswehr nicht genügen kann, deren Soldaten nur auf den Schutz der §§ 185 ff. des Strafgesetzbuches zu verweisen. Das ist das eigentliche Problem: Was sind die neuen Umstände? Herr Geis, den ich wegen seiner Offenheit schätze — ich meine das nicht ironisch —, hat nicht in erster Linie vom Ehrenschatz gesprochen, sondern hat gesagt, die Bundeswehr würde für den Ernstfall geschwächt, sie würde in gewissem Maße politisch unfähig, wenn wir den vorgelegten Gesetzentwurf nicht verabschiedeten. Das heißt, es wird schon im Zusammenhang mit der neuen Außenpolitik und der neuen Sicherheitspolitik dieses Landes gesehen, die nicht mehr dem Frieden dient, sondern dem Einsatz deutscher Streitkräfte in aller Welt dient. In meinen Augen haben Pazifisten, die Gegner von Militarismus und Krieg sind, und alle, die den Militärdienst ablehnen, nach den historischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts das Recht und müssen das Recht behalten, auch auf drastische Weise ihre Meinung auszudrücken. Ich sehe in dieser Initiative einen Versuch, das Recht der freien Meinungsäußerung einzuschränken.

Herr van Essen hat hier gesagt, sie beriefen sich alle darauf, Pazifisten zu sein, und diese Strafbarkeitslücke sollten wir schließen. Ich möchte einmal sehen, wie Sie das machen wollen.

Wollen Sie die Pazifisten daran hindern, ihre pazifistische Position auszudrücken? (...)

Der neue Paragraph soll in den Titel „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ des Strafgesetzbuches eingeordnet werden und gleich neben dem Tatbestand „Verunglimpfung des Bundespräsidenten“ stehen. Die Bundeswehr wird, jedenfalls was die

Schutzwürdigkeit betrifft, gewissermaßen in den Rang eines Verfassungsorgans erhoben. Dagegen habe ich ernsthafte Bedenken. Der Begriff „verunglimpfen“ ist sehr weit auslegbar. Läuft das auf eine Art Wehrkraftzersetzung von außen hinaus? Herr Justizminister, wenn ich öffentlich sage, die Bundeswehr sei ein Werkzeug deutschen Großmachtstrebens, das die Interessen der ökonomisch und politisch Herrschenden in der ganzen Welt — wenn es sein muß, auch gewaltsam — durchsetzen soll, ist das dann eine Verunglimpfung?

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Das ist doch richtig der SED-Jargon, den Sie seit 1948 pflegen!)

— Lesen Sie doch die Dokumente des Bundesministeriums der Verteidigung von 1992 und 1994! Darin steht: Der Auftrag der Bundeswehr ist der Schutz des freien Welthandels und des Zugangs zu Rohstoffen. Das ist vielleicht eine Verunglimpfung der Bundeswehr; aber es wurde dort jedenfalls geschrieben. Mehrere Redner haben gesagt, wir können davon ausgehen, daß bereits jetzt das strafbar ist, was Sie strafbar machen wollen.

Auch Herr Beck hat es gesagt. Ich bin da nicht so sicher und frage mich: Steckt dahinter nicht mehr? Denn hinter einer Verunglimpfung, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, kann nach meiner Ansicht mehr stecken. Ich verweise auf die Erfahrungen, die wir in der DDR mit dem § 220 StGB gemacht haben. Auch dort hieß es, daß eine Herabwürdigung der staatlichen Organe strafbar sei; übrigens wurde ebenfalls eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren angedroht. Diese Bestimmung hat Gegner in der DDR geschaffen (...)



Spüler und Adler

Schutzwürdig: Öffentliches Gelöbnis, hier in Dillingen. Original Bildunterschriften, großes Bild: „Rekruten aus Dillingen und Dornstadt legten am vergangenen Donnerstag auf dem BSHG-Werksgelände das feierliche Gelöbnis ab.“ **Kleines Bild:** „Wilfried Seitz, Leiter des Produktbereiches Geschirrspüler bei der Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH, hielt in Dillingen die Gelöbnisrede.“ (Beide Dillinger Zeitung vom 9.3.)

Am 5.2. berichtete die Augsburger Allgemeine: „Die Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH steigt groß in China ein. Mit zwei chinesischen Herstellern stellt das Unternehmen, zu dem auch ein Werk für Geschirrspüler in Dillingen gehört, künftig gemeinsam Kühlschränke, Gefriergeräte, Herde und Dunstabzugshauben her und wird damit einer der führenden Anbieter in China.“

„Bundeswehr zum Psychiater? Über die Durchsuchung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und der tageszeitung (taz) und jungen Welt (jw)

Am Dienstag, den 5. März 96, wurden vormittags zeitgleich die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“, die tageszeitung (taz) und die Junge Welt (jw) in Berlin vom Staatsschutz durchsucht.

Grund für die Durchsuchung war eine Beleidigungsanzeige der Bundeswehr-Offiziere Klaus Naumann (ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr) und Bernhard Gertz (Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehr-Verbandes) sowie der Politiker Paul Breuer (Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion) und Volker Rühe (Bundesminister der Verteidigung) gegen die Kampagne. Die Strafanzeige bezieht sich auf die Plakate „Ja, Morden!“, in der die Bundeswehrangehörigen „Ja, Dienen“, „Ja, Helfen“ persifliert wird. Das Plakat der Kampagne

zeigt u.a. Klaus Naumann auf dem Plakat, der Text lautet: „Morden im In- und Ausland ist für deutsche Soldaten nichts ungewöhnliches ... Menschen zu töten gehört zur Tradition von (deutschen) Armeen.“

Um den Urheber der Plakate zu ermitteln und um Druckplatten sicherzustellen, sind die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ und die Anzeigenstuben von taz und Junge Welt durchsucht worden. Die beiden Tageszeitungen hatten das Plakatmotiv als Anzeige abgedruckt - die Staatsanwaltschaft hoffte, den Auftraggeber seitens der Kampagne in den Akten zu entdecken.

Christian Herz von der Kampagne verurteilte das Vorgehen des Staatsschutzes am Mittag vormittag auf einer Pressekonferenz. Allerdings sieht er

auch ihre Arbeit durch die Hausdurchsuchung bestätigt, blickt aber besorgt auf das Verhalten der vier Kläger; er vermutet darin eine strategische Kampagne des Verteidigungsministeriums, um das Karlsruher Urteil zum Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“ aufheben zu lassen. Denn das Plakat sei eindeutig als Satire zu erkennen, und die ersten Verfahren wegen Volksverhet-

zung sind allesamt letztes Jahr eingestellt worden, so daß es auf ihn nur als ein Vorwand zur Einschüchterung wirkte. Weiter sagt Herz: „Wenn die Bundeswehr nicht in der Lage ist, Satire zu verstehen, sollte sie zum Psychiater gehen und nicht zum Gericht.“

Christian Ströbele, Landesvorstand von Bündnis 90/Grüne, bezeichnete die Aktion als einen „skandalösen Angriff auf die Meinungsfreiheit“. Weiter führte der Rechtsanwalt aus, daß das Prinzip der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt gewesen sei, und die Aktion aufgrund ihres übertriebenen Aufwandes die Kampagne in eine terroristische Ecke rücke. Auch wunderte sich Ströbele, daß erst jetzt ermittelt wird: vor knapp einem Jahr waren die Plakate und die Anzeigen erschienen: „Kaum haben wir einen Bundeswehrgeneral als Innensenator, kann es zu solchen Aktionen seitens des Staatsschutzes kommen.“

Da sich das Büro der Kampagne in der gleichen Etage wie das Berliner Parteibüro von Bündnis 90/Grüne befindet, hat sich der Staatsschutz, da auch mal umgesehen und einige Plakate mitgenommen, ohne daß ein Durchsuchungsbefehl vorlag. Ströbele verurteilt das Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft.

Bereits im letzten Jahr war gegen die Kampagne im Zusammenhang mit der Kampagne ermittelt worden. Aber aufgrund des Bundesverfassungsgericht-Urteils („Soldaten sind Mörder“) ist das Verfahren eingestellt worden. Darauf-

hin klagen die oben genannten Einzelpersonen wegen Beleidigung.

Benjamin Hoff von der PDS-Fraktion verurteilte auch das Vorgehen des Staatsschutzes. Der Landesvorstand der PDS habe am Vorabend ihre Weiterarbeit in der Kampagne bekräftigt. Hoff wertet die Durchsuchungsaktion als einen Einschüchterungsversuch: Da der ViSdP für die Plakate bereits feststand, war die Hausdurchsuchung unnötig und diene nur dazu, antimilitaristische Gruppen einzuschüchtern.

Stefan Zwingel, im Landesvorstand der Berliner Jusos, sah in der Aktionen einen „vorausseilenden Gehorsam“. Demnächst soll im Bundestag ein Gesetz zur „Verbesserung des strafrechtlichen Ehrenschatzes der Soldaten“ verabschiedet werden. Dies könne als eine Reaktion der Bonner Legislative auf das Urteil der Karlsruher Jurisdiktion verstanden werden. Zwingel wies darauf hin, daß das Ehrenschatzgesetz für die Opfer des Holocaust nur unter sehr schwierigen Umständen geschaffen worden sei und heute kaum zur Anwendung komme. „Das ist ein doppelter Schlag ins Gesicht eines Demokraten.“

Auch der Allgemeine Studenten Ausschuss (ASTA) der Technischen Universität Berlin verurteilt das Vorgehen des Staatsschutzes.

aus: CL-Netz. Infos: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstraße 25, 10999 Berlin; Tel. 61 50 05 30; Fax: 61 50 05 99.



Am 5. März 1996, 11.30 Uhr, Kreuzung Tucholsky-/Oranienstraße in Frankfurt/Main: Demonstration der Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigter Friedensbewegungen gegen die Verabschiedung des Gesetzes zur Verbesserung des strafrechtlichen Ehrenschatzes der Soldaten.

Versuch einer Demonstration „für friedliche Lösung in Kurdistan“ & die Antwort der BRD-Staatsmacht

Der durch brachialen Polizeieinsatz mit hunderten von Verhaftungen, Straßenkontrollen um ganz NRW herum und womöglich in der Folge erneut hundert von Strafverfahren gescheiterte Versuch der kurdischen Exilbevölkerung in der Bundesrepublik und umliegenden Staaten, am vergangenen Samstag in Dortmund für ihre Forderung nach einer demokratischen und politischen Lösung des Kurdistan-Konflikts zu demonstrieren, hat eine Vorgeschichte, die es wert ist, rekapituliert zu werden.

Am 13. Dezember 1995 rief das Europaparlament im Zusammenhang mit seiner Zustimmung zum Inkrafttreten der Zollunion der EU mit der Türkei das Regime in der Türkei und die PKK dazu auf, Schritte zu einem politischen Dialogs, und einer friedlichen Lösung des Kurdistan-Konflikts zu ergreifen.

Am 15. Dezember reagierte der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, auf diesen Appell des Europaparlaments und erklärte einen einseitigen affenstillstand.

Am 24. Dezember scheiterte bei den türkischen Parlamentswahlen ein von der Partei der Demokratie des Volkes (HADEP) geführtes Wahlbündnis trotz herausragender Wahlergebnisse in den kurdischen Gebieten an der vom Regime verhängten landesweiten 10%-Klausel. Nach dem Verbot der DEP und der Inhaftierung ihrer Abgeordneten, die bis heute trotz aller Appelle auch aus Europa anhält, scheiterte damit der kurdische Versuch, mit gewählten Abgeordneten über eine legale Vertretung im türkischen Parlament vertreten zu sein.

Gleichzeitig setzte die türkische Armee ihren Krieg gegen die kurdische Guerilla und die kurdische Bevölkerung

fort, bombardierte und entvölkerte kurdische Dörfer, folterte und ermordete ihre Bevölkerung.

Am 19. Januar nahm das Europaparlament in einer weiteren Entschließung

Macht stehende zu tun, um eine gewaltlose politische Lösung der Kurdenfrage herbeizuführen“.

Die PKK reagierte u.a. mit der Mitteilung, daß sie trotz der anhaltenden



„zur Lage in der Türkei und zum Waffenstillstand der PKK“ erneut ausdrücklich bezug auf den einseitigen Waffenstillstand der PKK, begrüßte diesen ausdrücklich als „eine Geste auf dem Weg zu einer gewaltfreien und politischen Lösung des Kurdenproblems“, erneuerte seine Forderung an das türkische Regime, die Folterungen und Massaker an Kurden zu beenden, die DEP-Abgeordneten freizulassen, seine Todeschwadronen zu stoppen usw. Unter Punkt G der Entschließung findet sich der Aufruf an die türkische Regierung, die PKK und andere, „alles in ihrer

Übergriffe der türkischen Armee am Waffenstillstand festhalten werde, mindestens bis zum Amtsantritt einer neuen Regierung in der Türkei, der damit Gelegenheit gegeben werden solle, politische Schritte zu einem Dialog aufzunehmen. Gleichzeitig begannen z.B. in Deutschland Vorbereitungen für einen hiesigen Appell zu einer solchen demokratischen Lösung, der Anfang Februar als „Appell von Hannover“ bekannt wurden.

Am 14. Februar, mitten in diese für jede interessierte Seite unübersehbaren Anstrengungen der kurdischen Seite, die

Tür zu einem politischen Dialog und einer politischen Lösung aufzumachen, starteten die deutschen Sicherheitsbehörden in Gestalt von Kanzleramtsminister Schmidbauer und Generalbundesanwalt Nohm mit einer Gegenpropaganda. Sie warnten in Berichten und Pressekonferenzen vor angeblich unmittelbar bevorstehenden neuerlichen Anschlägen der PKK in Deutschland. Tatsächlich ereignete sich seitdem kein einziger solcher Anschlag. Dafür begannen die deutschen Sicherheitsapparate erneut damit, jeden kurdischen Demonstrationsversuch mit wilden Razzien, der berüchtigten Kurdenjagd zu Stuttgart und ähnlichen überfallartigen Aktionen zu verfolgen. Lange angelaufene Bemühungen für friedliche Newrozfeste wurden durch direkte Polizeiintervention verboten (Frankfurt, Stuttgart). Offensichtlich war damit: die deutschen Behörden arbeiten den Appellen und Absichten nicht nur der kurdischen Seite, sondern auch der Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament direkt entgegen, suchen die kurdische Exilbevölkerung auf das äußerste zu reizen und zugleich einzuschüchtern.

Was gilt nun — der Wille der Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament oder die finsternen, menschenverachtenden Großmachtträume der deutschen Außenpolitik im mittleren Osten, unterstützt durch bedenkenlose Schreibtischtäter in deutschen Polizeiparaten? Ganz offensichtlich ist: Die kurdische Bevölkerung wünscht ein Ende des Krieges und eine politische Lösung des Konflikts. Die deutsche Staatsmacht dagegen will offensichtlich die Fortsetzung des Krieges.

(rül)

Das Europäische Parlament unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen und insbesondere seine Entschließung vom 13. Dezember 1995 zur Lage der Menschenrechte in der Türkei

A. geleitet von dem Wunsch, zu einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei beizutragen, (...)

C. in Kenntnis der Ankündigung eines einseitigen Waffenstillstands durch den Vorsitzenden der PKK als eine Geste auf dem Weg zu einer gewaltfreien und politischen Lösung des Kurdenproblems, (...)

F. in der Erwägung, daß trotz der Freilassung von mehreren Dutzend Intellektuellen, Journalisten und anderen Persönlichkeiten ... weiterhin zahlreiche Personen aus politischen Gründen inhaftiert bleiben,

G. unter Hinweis auf seine obengenannte Entschließung vom 13. Dezember 1995, insbesondere seinen Appell an die türkische Regierung, die PKK und andere türkische Organisationen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um eine gewaltlose politische Lösung der Kurdenfrage herbeizuführen, eingedenk der Achtung der territorialen Integrität und Einheit der Türkei und der gleichzeitigen Anerkennung des Rechts der türkischen Bürger, mit friedlichen Mitteln nach einer Form kultureller Selbständigkeit innerhalb der Türkei zu streben,

H. in der Erwägung, daß Leyla Zana, die Sacharow-Preisträgerin 1995 des Europäischen Parlaments, zusammen mit drei weiteren ehemaligen Abgeordneten der DEP nach wie vor in tür-

kischen Gefängnissen inhaftiert ist, weil sie sich für die Demokratie und die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes eingesetzt hat,

I. schockiert über die in der europäischen Presse veröffentlichten abstoßenden Bilder türkischer Soldaten, die die Köpfe enthaupteter Kurden schwenken,

Entschließung des Europaparlaments vom 19.1.1996

„... zur Lage in der Türkei und zum Waffenstillstand der PKK“

J. unter Hinweis auf das Ausmaß der Revolte, die gleichzeitig in mehreren Gefängnissen des Landes ausbrach, sowie auf die Härte, mit der sie unterdrückt wurde,

K. unter Hinweis darauf, daß Metin Göktepe, Journalist der Tageszeitung „Evrensel“, der über die Ereignisse recherchierte, von der Polizei verhaftet und kurze Zeit später mit Folterspuren tot aufgefunden wurde, (...)

2. fordert die neue türkische Regierung, die nach den jüngsten Wahlen gebildet wird, auf, ihre Maßnahmen für weitere demokratische Reformen und die Achtung der Menschenrechte fortzusetzen und zu verstärken; erneuert insbesondere seinen Appell, Mittel und Wege zu finden, durch die die Bürger kurdische Abstammung unter Gewährleistung und Achtung der territorialen Einheit der Türkei ihrem Recht auf kulturelle Identität Ausdruck verleihen können;

3. begrüßt die Ankündigung eines ein-

seitigen Waffenstillstands durch den Vorsitzenden der PKK und hält dies für eine erste positive Reaktion auf seinen Appell vom 13. Dezember 1995; gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die türkische Regierung diese Geste als einen positiven Beitrag zu einer friedlichen Lösung des Problems sehen wird, und fordert alle betroffenen Parteien in der

Türkei auf, die jetzige Gelegenheit zu ergreifen, um Mittel und Wege zur Einleitung eines nationalen Dialogs zu prüfen, durch den eine politische und gewaltfreie Lösung der Probleme im Süd-osten des Landes gefunden werden soll,

4. verurteilt die terroristischen Aktionen aller Art, die auf eine Destabilisierung des Landes abzielen, sowie die in der Europäischen Union verübten terroristischen Anschläge, (...)

6. fordert die türkischen Behörden auf, in das künftige Regierungsprogramm die Förderung der Achtung der Menschenrechte und vor allem den Kampf gegen die Folter ausdrücklich als prioritäres Ziel aufzunehmen,

7. fordert, daß die neue Regierung eine Revision der Rechtsvorschriften vorschlägt, um die sofortige Freilassung von Leyla Zana, der drei anderen ehemaligen Abgeordneten der DEP sowie der übrigen politischen Gefangenen zu ermöglichen,

8. fordert die türkischen Behörden nachdrücklich auf, einen unabhängigen Untersuchungsausschuß mit Experten einzusetzen zur Untersuchung von Todesfällen, die sich im Zuge von Mißhandlungen auf Polizeireviere und nach dem Eindringen von Sicherheitskräften in Gefängnissen ereignet haben,

9. verurteilt die Ermordung des Journalisten Metin Göktepe und fordert die Behörden auf, die Umstände seiner Ermordung umgehend zu klären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen,

10. fordert den Rat und die Kommission auf, jüngsten Zeitungsberichten nachzugehen, die Fotos enthalten, auf denen türkische Soldaten zu sehen sind, die die abgeschlagenen Köpfe von mutmaßlichen regierungsfeindlichen Kämpfern schwenken,

11. fordert die türkischen Behörden auf, entsprechende Ermittlungen einzuleiten und im Falle einer Bestätigung die Verantwortlichen zu bestrafen, (...)

13. fordert die Kommission auf, ihren Verpflichtungen bezüglich der Beobachtung der Lage der Menschenrechte in der Türkei nachzukommen und ihm den zweiten Zwischenbericht zur Lage der Menschenrechte in der Türkei umgehend zu übermitteln,

14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der türkischen Regierung und der Großen Nationalversammlung der Türkei zu übermitteln. Beschluß BE-0060, 0076, 0086 und 0089/96, entnommen aus dem vom Büro Claudia Roth, Bundeshaus, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn herausgegebenen „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 8, März 1996, (geringfügig gekürzt)

Aus dem Demonstrationsaufruf: „1996 wird unser Jahr“

Zum zweiten Mal nach 1993 hat die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Massive militärische Operationen in allen Gebieten Kurdistans, vor allem in Dersim, Botan und Sivas sowie die Sammlung von einem 40.000 Soldaten starken Militärkontingent zusätzlich zu den ohnehin stationierten Hunderttausenden, was auf eine größere Invasion nach Süd-Kurdistan hindeutet, lassen befürchten, daß auch dieses Angebot zu einer demokratisch-politischen Lösung der Kurdistanfrage ungenutzt bleibt.

(...) Diesen schmutzigen Krieg kann die Türkei nur mit der politischen, finanziellen und militärischen Unterstützung seiner westlichen Verbündeten weiterführen. Sie tragen somit die Verantwortung für diesen Völkermord. (...)

Wir rufen die demokratische fortschrittliche Öffentlichkeit dazu auf, ihre Regierung zu einer aufrechten Haltung in diesem Konflikt zu bewegen und die Chance des Waffenstillstandes für eine politische Lösung nicht zu versäumen.

Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich aktiv für die Bemühungen zu einer demokratisch-politischen Lösung einzusetzen und dies bei der Demonstration zum Ausdruck zu bringen.

Wir fordern die Regierungen der westlichen Länder, vor allem die Bundesregierung dazu auf, ihre bisherige umfangreiche Unterstützung an die Türkei einzustellen und die Türkei zum Verhandlungstisch zu bewegen.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, ihre repressive Haltung gegen die Kurden und ihre Organisationen aufzugeben und eine aufrechte Haltung in der Kurdistanfrage einzunehmen.

(Aufruf der „Friedensinitiative für eine demokratisch-politische Lösung in Kurdistan“, Dortmund. Dennoch in der letzten Ausgabe angekündigte Demonstration in Hamburg war auf Bitten der „Friedensinitiative“ abgesagt worden, aus Hamburg wurde ebenfalls nach Dortmund aufgerufen, d. Red.)

Verbot: Friedensbemühungen sollen mundtot gemacht werden

Mit Verfügung vom 12.3.1996 hat der Dortmunder Polizeipräsident die von der Friedensinitiative für eine demokratisch-politische Lösung in Kurdistan organisierte Demonstration unbeschäftigt und unvermittelt verboten. (...) Von Polizeipräsident Schulze wird wieder einmal das Schreckgespenst von „gewalttätigen PKK-Aktivistinnen“ an die Wand gemalt. (...)

Ganz im Gegensatz zu den Versuchen der Dortmunder Polizei, die gesamte kurdische Minderheit in Deutschland zu „Terroristen“ abzustempeln, ist es der Wunsch der Kurdinnen und Kurden, ihre Sehnsucht nach Frieden in ihrer Heimat zum Ausdruck zu bringen.

Die von uns organisierte Demonstration steht im Zusammenhang mit dem Beschluß des Europaparlaments, in dem der türkische Staat und die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aufgefordert werden, sich um Schritte zu einer Dialoglösung zu bemühen, und mit dem einseitigen Waffenstillstand, den die PKK am 15. Dezember als erneuten Ausdruck ihrer Gesprächsbereitschaft ausgerufen hat. (...)

Quelle: Presseerklärung der „Friedensinitiative für eine demokratisch-politische Lösung in Kurdistan“, Rheinische Straße 76-78, Dortmund, 13.3.96

Aus der Verbotungsverfügung

(...) Auf der von Ihnen geplanten Veranstaltung muß nach meinen neuesten Erkenntnissen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit Zuwider-

handlungen gegen das Tätigkeitsverbot (gegen PKK/ERNK, d. Red.) gerechnet werden. (...) Selbst wenn Sie persönlich nicht die Absicht haben sollten, gegen Versammlungs- und Strafrecht während der Demonstration zu verstoßen, begründet der zu erwartende Teilnehmerkreis an der Versammlung am 16.3.1996 die konkrete Gefahr, daß mit Ihrem Wissen und Ihrer Duldung Straftaten verübt werden. Zumindest aber werden Sie nicht in der Lage sein, die Verübung von Straftaten zu verhindern. (...)

Quelle: Verbotungsverfügung des Polizeipräsidenten Dortmund vom 12.3.1996

Noch ein Gesprächsversuch ...

Nach dem Verbot der Demonstration für eine politische Lösung hat eine fünfköpfige Delegation der Friedensinitiative heute mit dem Dortmunder Polizeipräsidenten Herrn Schultz gesprochen, um eine Lösung der Angelegenheit zu finden. Die u.a. aus zwei Mitgliedern des Ausländerbeirates der Stadt Dortmund und einer Vertreterin des deutsch-kurdischen Freundschaftsvereins bestehende Delegation wird morgen weitere Gespräche mit Herrn Schultz, dem Stadtdirektor, dem Bürgermeister und den im Stadtrat vertretenen Parteien führen. Über die Ergebnisse der Gespräche, die darauf abzielen, einen friedlichen Verlauf für die verbotene Demonstration am Samstag sicherzustellen, werden wir Sie morgen informieren.

Unterdessen hat die Friedensinitiative beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung gestellt, um das umstrittene Verbot rechtlich anzufechten. (...) (Erklärung der Friedensinitiative, 14.3.96)

Verbot bestätigt. „Niemand kann eine politische Lösung aufhalten“

Mit der Entscheidung des Verwaltungs-



gerichtes Gelsenkirchen, das polizeiliche Verbot der Demonstration für eine demokratische Lösung in Kurdistan zu bestätigen, zementiert sich das durch Politik und Medien vorangetriebene totale Ausdrucksverbot für Kurdinnen und Kurden. Die 14. Kammer des Gerichts begründet ihre Entscheidung unter anderem damit, daß auf der Demonstration für eine demokratisch-politische Lösung ebenso wie bei der nicht genehmigten Demonstration zum 50. Jahrestag der kurdischen Republik Mahabad, die für den 20.1. in Dortmund geplant war, „das auch von der PKK verfolgte Ziel des kurdischen Separatismus proklamiert“ (S. 4 des Beschlusses 14 L 645/96) werde.

(...) Eine Kundgebung, die zur Unter-

stützung eines Waffenstillstandes von kurdischer Seite und zu Bemühungen um eine demokratische Dialoglösung aufruft, mit dem Argument zu verbieten, daß es dabei zu „Sympathiekundgebungen für die PKK“ kommen könnte, ist eine offene Mißachtung des Beschlusses des Europaparlamentes, welches den Waffenstillstand der PKK eindeutig als einen Schritt im Sinne seiner Aufforderung zu einem Dialog zwischen den Konfliktparteien begrüßt.

(...) Damit ist leider ein Konfliktpotential geschaffen, das mit unserer Demonstration ja gerade verhindert und abgebaut werden sollte.

Darüber hinaus sind offensichtlich sämtliche Busunternehmen in Deutschland von der Polizei heimge sucht und bedrängt worden, von Kurden angemietete Busse zu stornieren. Dem Druck beugte sich die Mehrheit der Busunternehmer, konkret in Münster, Bremen, Braunschweig, Bonn, Mainz und Düsseldorf. Einem Reisebüro in Braunschweig wurde von der Polizei telefonisch mitgeteilt, daß die Busse an der Abfahrt gehindert würden. (...) In Halverstadt und Gardelegen bei Magdeburg hat die Polizei den Leitungen zweier Asylbewerberheime geboten, kurdische Flüchtlinge am Verlassen des Heimes zu hindern. (...)

Mit dem Verbot dieser Demonstration und dem Anhalten von Autobussen zeigt sich der deutsche Staat wieder einmal als Kriegspartei in Kurdistan. Als Teil der demokratischen Öffentlichkeit müssen wir jedoch dafür sorgen, daß die Versuche, Bemühungen für eine friedliche Lösung zu unterdrücken, hier und jetzt aufhören. Niemand kann die Kurdinnen und Kurden daran hindern, einen gerechten Frieden zu fordern!

(Erklärung der Friedensinitiative, 15.3.1996)

PDS protestiert

PDS Landesverband Nordrhein-Westfalen, PDS Linke Liste, Landesverband Hamburg, Ulla Jelpke, MdB
Presseerklärung 17. März 1996
Wir verurteilen die massiven Polizeieinsätze, mit denen die zuständigen Innenministerien bundesweit die verbotene Demonstration am 16. März in

Dortmund verhindern wollten. An diesem Tag wollten Tausende von Kurdinnen und Kurden und andere Menschen in Dortmund für eine politische und friedliche Lösung in Kurdistan demonstrieren.

Zur Durchsetzung des Verbots riegelte die nordrhein-westfälische Polizei die Landesgrenzen ab, bundesweit versuchten Polizeikräfte, die Anreise von Kurdinnen und Kurden nach Dortmund zu verhindern. In einem polizeilichen Großeinsatz wurden nach Mitteilungen des nordrhein-westfälischen Innenministers Kniola 4.900 Platzverweise ausgesprochen, 2.000 Menschen in Polizeigewahrsam genommen und über 500 Menschen verhaftet. Jeder nach Auffassung der Polizei kurdische Mensch mußte sich Personenkontrollen unterziehen, Kinder wurden durchsucht und verhaftet.

Den in der Bundesrepublik lebenden Kurdinnen und Kurden wird mit solchem Vorgehen jede Möglichkeit genommen, in der Öffentlichkeit auf die dramatische Lage in Türkei-Kurdistan aufmerksam zu machen und ihren Wunsch nach einer politischen und friedlichen Lösung zu demonstrieren.

Das Europa-Parlament hat bereits am 19. Januar 1996 den einseitigen Waffenstillstand, den die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verkündet hat, begrüßt und die türkische Regierung aufgefordert, einen Beitrag für eine politische und gewaltfreie Lösung im Kurdistan-Konflikt zu leisten.

Das Vorgehen der Bundesregierung, die die türkische Regierung mit Waffen-, Polizei- und Wirtschaftshilfe unterstützt und die gemeinsam mit den Landesregierungen der kurdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik jede Möglichkeit nimmt, sich für eine politische und friedliche Lösung im Kurdistan-Konflikt einzusetzen, bewirkt das Gegenteil.

• Wir fordern die Aufhebung der Verbote der kurdischen Organisationen in der BRD.

• Das Demonstrationsrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Freizügigkeit darf der kurdischen Bevölkerung in der BRD nicht bestritten werden.

Wir fordern alle Verantwortlichen auf:
• Verzicht auf strafrechtliche Verfolgungen in Zusammenhang mit der Dortmunder Demonstration! Niemand darf abgeschoben werden!

• Die für den 21. März von kurdischen Initiativen und Organisationen geplanten Newroz-Festlichkeiten dürfen nicht weiter behindert werden!

• Die Bundesrepublik muß ihre politische und militärische Unterstützung der türkischen Regierung im Krieg gegen das kurdische Volk einstellen!

Opel-Antwerpen wollte noch mehr Samstagsschichten von den ArbeiterInnen, zwei pro Jahr in der Spätschicht über die nächsten drei Jahre. Bei Opel in Antwerpen müssen die ArbeiterInnen ohnehin schon in Zehn-Stunden-Schichten und an jedem dritten Samstag arbeiten. Außerdem sah der neue Tarifvertrag eine Lohnerhöhung von 7 Bfr. (etwa 0,30 DM!) ab Januar 1998 und eine Kürzung des Weihnachtsgeldes (Jahresendprämie) bei der dritten Fehlzeit vor. Nach einer massiven Streikdrohung der Belegschaft Anfang Februar '96 machte die Geschäftsleitung einen Rückzieher. Außerdem verlängerte sie alle befristeten Verträge und stellte 120 neue Zeitarbeiter ein, da der unerträgliche Arbeitsdruck in den Abteilungen zunehmend zu Spannungen führt und eine soziale Explosion in der Fabrik droht.

Die folgenden Artikel haben wir aus der französischsprachigen Ausgabe der belgischen Zeitung „Solidaire“ Nr. 8 vom 21. Februar 1996 übersetzt. (Wildcat-Köln)

Erster Teilsieg für die Arbeiter von Opel

Mit einer Mehrheit von 78 Prozent haben die Arbeiter von Opel den Vorschlag zu einem neuen Tarifvertrag abgelehnt und für die Ankündigung eines Streiks gestimmt. Der Vorschlag sah zwei weitere Samstage für die Spätschicht vor. Im Moment gibt es bereits drei Samstage für die Frühschicht.

Das ist die Revolte gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unter dem Kapitalismus ...

Opel-Antwerpen: die neuen Arbeitslager

„Überall auf der Welt sind die Löhne zehn mal niedriger, also haltet das Maul!“

Es ist unerträglich, sagt ein Arbeiter aus der Montage. „Wir müssen uns zehn Stunden lang abmühen, und es sind furchtbare Stunden. Wenn ich nachmittags arbeite, geh ich um 14.30 Uhr los und komme nachts nicht vor 2.15 Uhr zurück. Manchmal schlafe ich bis 13.30 Uhr, dann bin ich eine Stunde später schon wieder auf dem Weg zurück zur Arbeit. Meine Frau ist Verkäuferin und wir haben vier Kinder. Alle drei Wochen müssen wir uns jemanden holen, der auf die Kinder aufpaßt. Das ist teuer. Unser Familienleben ist schwierig. Meine Frau kann sich nicht alleine um die Erziehung der Kinder kümmern. Sie ist auf mich angewiesen, aber wegen meiner Arbeit bin ich nie zu Hause. Und wenn ich mal da bin, bin ich unerträglich oder verkrieche mich ins Bett.“

Jetzt wollen uns die Chefs noch zwei zusätzliche Samstage auf den Nachmittags hauen. Die Arbeitsbedingungen sind ohnehin schon unerträglich geworden. Wenn wir nicht reagieren, wird sich die Situation nur verschlimmern. Ich finde, wir sollten streiken. Vor kurzem hatte ein Arbeiter aus unserer Schicht einen Nervenzusammenbruch. Er war völlig aus dem Gleichgewicht geraten.“

Ein Arbeiter aus der Lackiererei: „Vor einigen Wochen sind drei Arbeiter bei Glattels mit ihrem Auto tödlich verunglückt. Es herrscht ein derartiger Druck, daß sich niemand traut, zu spät zu kommen. Aber morgens kommt man nicht aus dem Bett und riskiert dann unnötige Sachen. Die Geschäftsleitung hat den Familien ihr Belloid ausgedrückt. Als Ausdruck der Trauer ließ man die Produktion im Betrieb für eine Minute ruhen. In Wirklichkeit haben sie die Produktion aber nur für genau 23 Sekunden unterbrochen. Das ist also der Preis, den ein Menschenleben diesen

Leuten wert ist. Daraufhin haben die Arbeiter mehrere Male mit dem Notauschalter das Band angehalten und auf diese Weise ihren Protest ausgedrückt. Einen der verunglückten Arbeiter kannte ich sehr gut. Selbst zwei Wochen nach ihrem Tod hat noch niemand von Opel ihre Familien besucht und die Formalitäten erledigt. Eine wirkliche Schande.“

„Die Leute singen gegen den Streß an, aber das ist verboten ...“

Ein Arbeiter aus der Türen-Abteilung: „Opel will etwas Neues einführen: die Alarm-Leine. Wir sind kürzlich in eine

Opel Antwerpen vor dem Streik? Ein Bericht aus „Solidaire“

neue Abteilung umgezogen und dort haben sie Leinen installiert. Die Produktion läuft nicht reibungslos, wegen der vielen technischen Störungen haben wir am Anfang noch oft an den Leinen gezogen, mit denen das Band gestoppt wird. In Zukunft ist das verboten, wir dürfen nur noch an den Leinen ziehen, die das Band weiter laufen lassen. Das löst aber einen solchen Krach aus, daß wir davon völlig verrückt werden. Wir haben die Vertrauensleute (Delegierte) geschickt, damit sie das Geläute abschalten. Aber es wurde nur die Lautstärke verringert.

Manchmal hält das Band nicht an, wenn wir unsere Pause haben. Dann beginnen die Diskussionen: sollen wir alles fallen lassen oder sollen wir zuerst unsere Arbeit beenden, bevor wir unsere Stullen essen. (...) Vor dem Umzug gab es einen starken Zusammenhalt in unsere Schicht. Dieses ganze Klima zwischen den Arbeitern wollen sie kaputt machen. Man möchte, daß die Leute gespalten sind und sich gegenseitig anschießen. In der anderen Schicht ist das Arbeitstempo so unerträglich geworden, daß sie angefangen haben, zu singen, um den Streß abzubauen. Von den Chefs wurde ihnen das sofort verboten. Kannst du dir das vorstellen? Sie verbieten uns sogar zu singen!“ (...)

„Die Geschäftsleitung ist auf den Knien, aber wir wollen sie am Boden sehen!“

Angeichts der Kampfbereitschaft macht Opel Zugeständnisse

Nachdem der Vereinbarungsentwurf von 78 Prozent der Arbeiter zurückgewiesen worden war, hoffte die Geschäftsleitung, innerhalb einer Woche würden sich die Gemüter wieder beruhigen. Aber das Gegenteil passierte. Am 15. Februar haben neue Verhandlungen begonnen. Für die Basis war klar gewesen: würde die Geschäftsleitung nicht nachgeben, dann hätten sie ab dem 19. Februar gestreikt. Die Geschäftsleitung zog es vor nachzugeben. Die zusätzlichen Samstagsschichten wurden fallengelassen, alle Zeitverträge sind verlängert worden und es wurden weitere 120 Arbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt, um den Arbeitsdruck zu verringern. Die übrigen Punkte des Entwurfs bleiben jedoch bestehen: 7 Bfr. (ca. 30 Pfennige) Lohnerhöhung ab dem 1.1.1998, aber ein Abzug von zehn Stundenlöhnen von der Jahresendprämie bei der dritten Fehlzeit. Die Gewerkschaftsführung hat die Unterwerfung unter diesen Kompromiß akzeptiert. In der folgenden Woche hat es in allen Schichten Versammlungen der Militanten (d.h. der gewerkschaftlichen Basisaktivisten) gegeben und es wurde eine neue Abstimmung für den 25. Fe-

bruar ins Auge gefaßt. Wie es aussieht, ist der Streik vorläufig zurückgestellt worden, aber Überraschungen sind nicht auszuschließen.

„Heute macht die Geschäftsleitung angesichts unserer Kampfbereitschaft Zugeständnisse. Sie ist auf den Knien, aber wir wollen sie am Boden sehen“, sagt ein Arbeiter. „Um den Arbeitsdruck zu mildern hat man 120 Zeitarbeiter eingestellt, aber das ist nur eine provisorische Lösung. In ein paar Monaten wird die Geschäftsleitung versuchen, das wieder rückgängig zu machen. Alle Zeitverträger müssen einen festen Arbeits-

vertrag bekommen. Außerdem fordern wir eine Lohnerhöhung schon ab 1997. Und wir akzeptieren nicht, daß sie uns an die Jahresendprämie gehen.“

Opel hofft, einen Kooperationsvertrag zu bekommen

Die Ausweitung der Samstagarbeit ist ein wesentliches Ziel der Geschäftsleitung, die die Kosten senken will. Sie ist ein Schritt in Richtung allgemeiner Wochenendarbeit. Die Unternehmer wollen die Maschinen maximal ausnutzen. Der Verzicht auf die zusätzlichen Samstage ist daher ein wichtiges Zugeständnis. Die Geschäftsleitung hofft, so die Zuspitzung zum Streikausbruch verhindern zu können. Ein Streik würde das Ende des Kooperationsvertrags bedeuten, der 1988 zwischen Geschäftsleitung und Gewerkschaftsführung unterzeichnet wurde. In diesem Vertrag wurde ausdrücklich festgehalten, daß „die Gewerkschaften, die die Arbeiter bei General Motors Continental (Opel Antwerpen) vertreten, das Unternehmen in seinem Kampf durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Gewerkschaften unterstützen“. Mit „Kampf“ ist hier die Konkurrenz mit den anderen Automobilherstellern gemeint.

Diese „intensive Zusammenarbeit“ ist in einem ausgetüftelten System umgesetzt, das es der Geschäftsleitung und den Gewerkschaftsvertretern ermöglicht, auf allen Ebenen Gespräche zu

führen. Viele Arbeiter weisen daraufhin, daß sich seitdem die Arbeitsbedingungen rasant verschlechtert haben. Opel ist führend beim Abbau sozialer Errungenschaften. Bei den Gesprächen im engsten Kreis der Geschäftsleitung lassen sich die Gewerkschaftsvertreter von der Notwendigkeit dieser oder jener Maßnahme überzeugen. Damit ist jeder Widerstand ausgehebelt. Die Delegierten [Vertrauensleute] sind verpflichtet, diese Maßnahmen an der Basis zu verteidigen. Wer sich weigert, bei diesem Schmuskurs mitzumachen, wird ausgeschaltet. Es ist noch kein Jahr her, daß die Leitung des FGFB-Antwerpen [sozialdemokratischer Gewerkschaftsverband] den Delegierten Eric Bal ausgeschlossen hat. Der Hauptgrund dafür war seine Weigerung, den Kooperationsvertrag anzuerkennen. „Dieser Vertrag macht die Gewerkschaft handlungsunfähig und er ist der Grund für den steigenden Druck im Betrieb“, hatte Eric Bal gegenüber der Tageszeitung Gazet van Antwerpen erklärt.

„Ohne den Kollaborations-Vertrag wäre der Streiks schon längst ausgebrochen“

Mehr und mehr Delegierte sind überzeugt, daß der Kollaborations-Vertrag dringen gekündigt werden muß. Ein Delegierter schildert uns die Situation: „Man zwingt uns, eine neutrale Haltung einzunehmen. Aber wie kann man neutral bleiben, wenn man diese unerträgliche Situation in der Fabrik sieht. Die Mehrheit der Delegierten hat sich in diesem Konflikt auf die Seite der Arbeiter gestellt und sich für den Streik ausgesprochen. Aber je weiter nach oben man in der Hierarchie geht, desto weniger wird die gewerkschaftliche Demokratie beachtet. Kein einziger Delegierter wurde darüber auf dem Laufenden gehalten, welche Positionen die Gewerkschaftsführung bei den letzten drei Verhandlungen genau verteidigt hat. Erst am Freitag, den 16. Februar, wurden wir über den neuen Vertragsentwurf informiert. Nach der massiven Ablehnung des ersten Entwurfs hat man uns gesagt, die Streikankündigung sei bereits erfolgt, aber eine Woche später wird es verneint. Auf diese Weise können wir nicht weitermachen. Die Kampfbereitschaft der Leute ist enorm. Bei VW konnten sie einen langen Streik führen, weil den Delegierten nicht durch einen Kollaborationsvertrag die Hände gebunden waren.“

Quelle: CL-Netz, gekürzt

Erhöhung der Mindestlöhne! Breite Kampagne in Kalifornien

Langsam kommt eine auf die Präsidentschaftswahlen im November zielende Kampagne zur Erhöhung der Mindestlöhne in Kalifornien in Gange. Unterstützt von verschiedenen bundesweiten Gewerkschaftsverbänden, kämpfen die kalifornischen Gewerkschaften im Bunde mit Verbraucherverbänden, Zusammenschlüssen von Rentnern und Kirchen für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes von 4,25 \$ auf 5 \$ 1997 und 5,75 \$ 1998. Von den 750 000 bis Ende März zu sammelnden Unterschriften wurden bis Ende Februar 175 000 erreicht. Demonstrationen in Sacramento und Los Angeles mit Tausenden Teilnehmern brachten einen großen Aufschwung, doch zur Erreichung des Ziels sind noch große Anstrengungen notwendig.

Mehr als 12 Millionen Lohnabhängige – 10 % der Arbeiterbevölkerung in den USA – wäre von einer Erhöhung des Mindestlohnes betroffen: Mehr als 4 Mio. arbeiten zum Mindestlohn von 4,25 \$ die Stunde, acht Millionen verdienen sogar noch weniger. 69 % von diesen 12 Mio. sind Jugendliche, 60 %

Frauen. Die Kaufkraft des Mindestlohns liegt zur Zeit auf dem niedrigsten Niveau seit den 40er Jahren. Seine Funktion – Schutz vor Überausbeutung und Armut – hat er längst verloren. Eine Alleinerziehende mit zwei Kindern z.B., die zum Mindestlohn zu arbeiten gezwungen ist, liegt um über 30 % unter der absoluten Armutsgrenze. Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Forderung der Kampagne eher bescheiden aus. Um auch nur den Standard von 1970 zu erreichen, wäre die sofortige Erhöhung auf 6 \$ die Stunde erforderlich.

(scc nach einem Bericht der „People's Weekly World“, Quelle: CL-Netz)





Savimbi hat in Libreville (Gabun) während eines Treffens mit dem Präsidenten der Republik Angola, Eduardo dos Santos, zugestimmt, die Vizepräsidentenschaft des Landes zu übernehmen. Das ist keine besondere Neuigkeit, denn eine ähnliche Erklärung gab Savimbi schon einmal im Jahre 1994 ab. Seit Abschluß des Lusaka-Abkommens zwischen der angolanischen Regierung und der UNITA 1994 ist jedoch bereits wieder mehr als ein Jahr vergangen, und alle Versuche, den Friedensprozeß in Angola voranzubringen, scheiterten bisher an den politischen Manövern beider Seiten. Nun scheint die letzte Krise in den Beziehungen Regierung - UNITA zum Jahresende 1995, zu der die Regierungsarmee im Erdölgebiet Soyo (Provinz Zaire) durch offensive Handlungen kräftig beigetragen hatte, überwunden zu sein. Zeichnen sich nun doch Fortschritte in Angola ab? Zumindest gibt es Anzeichen, daß es durch vielfältige Anstrengungen gelingt, beide Seiten zu größerem Realitätssinn zu bringen.

Ein Wendepunkt in der UNITA-Politik?

Ein gewisser Wendepunkt scheint der Besuch von dos Santos in den Vereinigten Staaten im Dezember des vergangenen Jahres gewesen zu sein. Zuerst einmal erklärte er in Washington, daß die Regierung die Verantwortung für die Aktivitäten der Regierungsarmee FAA im Gebiet von Soyo übernimmt. Gleichzeitig sicherte er zu, die in der angolanischen Armee tätigen südafrikanischen Militärspezialisten zu entlassen, bzw. den Vertrag mit der südafrikanischen privaten Sicherheitsfirma „Executive Outcome“ aufzukündigen. Ebenfalls zugesagt wurde der von Seiten der Regierung bisher verzögerte Rückzug der „Schnellen Polizeieingreiftruppe“ in ihre Standorte. Beides hatte die UNITA immer wieder zum Anlaß genommen, um den vereinbarten Kasernierungsprozeß ihrer Truppen in den dafür vorgesehenen 15 Camps hinauszuzögern.

Die UNITA hatte die angolanische Regierung beschuldigt, ausländische Söldner in ihren Diensten zu haben. Tatsächlich mußte die Regierung - nach anfänglichen Versuchen, die Angelegenheit herunterzuspielen und die andere Seite der Söldnerbenutzung zu bezichtigen - zugeben, daß seit 1993 470 ehemalige südafrikanische Militärs als Ausbilder und Experten in der FAA tätig waren.

Nach dem Besuch von dos Santos in den USA setzten intensive Verhandlungen zwischen der Regierung und der UNITA einerseits und den internationalen Beteiligten, der UNO und der Beobachtergruppe (USA, Rußland, Portugal) andererseits ein. Der US-Botschafter hielt sich wiederholt im UNITA-Hauptquartier Bailundo (Provinz Huambo) zu Konsultationen mit Sa-

Die UNO und der schwierige Friedensprozeß in Angola

Von Jochen Berger

vimbi auf, und aus Washington wurde bekannt, daß der Unterstaatssekretär Moose den telefonischen Kontakt mit der UNITA-Spitze nicht abbrechen ließ. Die USA unterrichtete offenbar Savimbi über alle ihre Schritte. Einen alten Freund kann man schließlich nicht verärgern.

Auch der bisher zurückhaltende Tenor der UN-Verlautbarungen änderte sich: Sowohl der UN-Generalsekretär als auch der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Angola, Alioune Blondin Beye, ehemaliger Außenminister Malis, wurden fordernder.

Denn es scheint sich für die UNO das Szenario zu wiederholen, was sie während ihrer zweiten Verifikationsmission (UNAVEM II) schon im Jahre 1994 erlebt hatte: Die Regierung unternahm damals, nachdem die UNO das Mandat für ihre Mission einige Male verlängert hatte, militärische Offensiven in wichtigen Gebieten, in deren Ergebnis sie alle wichtigen Provinzstädte zurückeroberte, die von der UNITA besetzt worden waren. Und nun schien sich dieses Spiel zu wiederholen. Nur, jetzt geht es vor allem um strategisch wichtige Gebiete, in denen sich Erdöl- und Diamantenfelder befinden.

Allerdings kommen solche Aktionen nicht etwa nur auf das Konto der Regierungsarmee. Auch die UNITA befließt sich, nicht untätig zu sein. Sie führte Nachschub heran und unternahm immer wieder offensive Truppenbewegungen. Sie stellte den Kasernierungsprozeß ihrer Truppen ein und behinderte die Aktivitäten der UNAVEM-Truppen bzw. bedrohte UN-Blauhelme mit Sanktionen und führte offene feindselige Handlungen gegen sie durch, wobei sie ihre Verbindungsoffiziere aus den UNAVEM-Einheiten und ihre Arbeitskräfte aus den Kasernierungscamps abzog. Von insgesamt 154 Verletzungen des Waffenstillstandes zwischen dem 1.1.1995 und dem 15.1.1996 kommen mehr als 90 auf das Konto der UNITA-Truppen. Insbesondere sind das bewaffnete Überfälle auf FAA-Einheiten und Dörfer, ausgeführt, um Verpflegung zu requirieren, oder Hinterhalte gegen Bevölkerung und Militär. Solche Aktionen tragen banditenhaften Charakter. Dazu zählen auch nicht genehmigte Überflüge des angolanischen Territoriums, vorgenommen von Charterflugzeugen der UNITA, von denen eines kürzlich abstürzte.

Von dem entschiedeneren Vorgehen der UNO zeugen ein im Januar geführtes Telefongespräch des UN-Generalsekretärs, Boutros Boutros-Ghali, mit Jonas Savimbi, in dem er seine tiefe Besorgnis über die Verzögerung des Friedensprozesses zum Ausdruck brachte und sein Sonderbeauftragter Beye einige Vier-Augen-Gespräche mit beiden Leadern durchführte. Auch der Präsident Portugals, Mario Soares, der sich im Januar zu einem Staatsbesuch in Angola aufhielt, wurde in die Bemühungen eingeschaltet, in Angola Ruhe zu schaffen. Er lehnte es ab, sich mit Savimbi außerhalb der Hauptstadt Luanda zu treffen, obwohl auch in diesem Falle bekannt ist, welche guten Freunde Soares und Savimbi sind. Regierung und UNITA wurden aufgefordert, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, was schließlich Mitte Januar dazu führte, daß zwischen Regierung und UNITA ein neuer Zeitplan vereinbart und Mechanismen zur Krisen-

berwindung diskutiert wurden.

Die UNAVEM III, im Februar 1995 mit der Resolution 976 als friedensschaffende Maßnahme auf der Basis des Lusaka-Abkommens vom UN-Sicherheitsrat in Gang gesetzt, wurde nun mit der Resolution 1045 (1996) bis zum 8. Mai 1996 verlängert. Für sie hat der Friedensprozeß nicht das erforderliche Tempo erreicht, um die gestellten Ziele inhaltlich zu erreichen. Sie bedauert die beständige Verzögerung des Friedensprozesses und fordert beide Seiten energisch auf, ihren im Lusaka-Protokoll festgeschriebenen Verpflichtungen nachzukommen. Dazu zählen vor allem: Einhaltung des Waffenstillstandes, Weiterführung der Gespräche zur Formierung einer einheitlichen nationalen Armee, die Durchführung gemeinsamer Minenräumaktionen und die Einigung über die Einbeziehung von UNITA-Vertretern in die Regierungsämter und -institutionen. Der UN-Generalsekretär wurde durch den Sicherheitsrat verpflichtet, monatlich Bericht über die Weiterführung des Friedensprozesses in Angola und die Einhaltung des vereinbarten Zeitplanes zu geben. Die UNO sieht sich wieder vor die Tatsache gestellt, ihre Operation als ineffektiv und gescheitert betrachten zu müssen, wenn es der UNAVEM III nicht gelingt, ihre Aufgaben entschieden durchzusetzen.

Schließlich wurde beiden Seiten ein Brief des UN-Sicherheitsrates übermittelt, in dem ihnen die wachsende „Unzufriedenheit der internationalen Gemeinschaft“ mit dem nur schwer vorankommenden Friedensprozeß in Angola ausgedrückt wurde.

Es wurden konkrete Schritte durch die Blauhelme in Angola unternommen wie z.B. die Stationierung einer Einheit in dem umstrittenen Gebiet von Soyo. Gleichzeitig wurden beide Seiten aufgefordert, gemeinsame Minenräumaktionen durchzuführen und nicht weiter die Arbeit internationaler Teams, die auf diesem Gebiet in Angola tätig sind, zu behindern. Das nimmt insbesondere Bezug auf einen Zwischenfall, den UNITA-Soldaten verursacht hatten, als sie südafrikanische Minenräumspezialisten entführten und beraubten.

Die Minenräumung, die Verifizierung und Wiederherstellung von Brücken und Straßen ist ein Hauptaspekt für die Weiterführung des Friedensprozesses in Angola. Obwohl die UNAVEM III und mindestens vier NGOs in der Minenräumung tätig sind, sind die Anstrengungen sowohl der Regierung und als auch der UNITA auf diesem Gebiet minimal. Die einzige gemeinsame Aktion in Cuito Cuanavale wurde eingestellt, weil es in dieser Provinz zu militärischen Kampfhandlungen kam. Es wird bezweifelt, ob beide Seiten ein maximales Interesse haben, militärisch verlegte Minen, die sich in ihrer Wirkung vor allem gegen die Bevölkerung richten, zu beseitigen. Scheinbar hat das die UNO erkannt und drängt auf grundsätzliche Veränderungen.

Fortschritte auf beiden Seiten ...

Nun zeichnen sich erste sichtbare Fortschritte ab: Die UNITA stimmte zu, 20 000 Soldaten, 200 der Luftwaffe und 100 ihrer Marine (von insgesamt 62 500 UNITA-Truppen) in die einheitliche Armee zu überführen. Dieser plötzliche Sinneswandel stellt die UNAVEM-Strukturen vor etliche Probleme. Müs-

sen sie doch nun in kurzer Zeit Voraussetzungen schaffen, um in die Kasernierungscamps, für deren Aufbau und Unterhaltung sie zuständig sind, in kurzer Zeit diese große Zahl von umzudirigierenden und zu demobilisierenden Soldaten einzuquartieren, deren Waffen in Empfang zu nehmen und für ihre und deren Familien Unterhalt zu sorgen.

Ende Februar wurden nach UNO-Angaben bisher etwa 16 000 Mann der UNITA-Truppen kaserniert, und das in vier der vorgesehenen Camps. 12 000 Soldaten gaben ihre Waffen ab.

Auch die Regierung zog mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach: Sie kasernierte bis zu diesem Zeitpunkt mehr als 2 000 Soldaten ihrer „Schnellen Eingreiftruppe“. Nach Angaben des Roten Kreuzes wurden seitens der Regierung 350 registrierte Kriegsgefangenen freigelassen gegenüber 44, die die UNITA entließ.

... aber die Lage bleibt prekär

Aber schon tauchen neue Bedenken auf. Es wurden Unregelmäßigkeiten im Kasernierungsprozeß registriert. Die kasernierten UNITA-Soldaten sind sehr jung, haben kaum Uniformen und tragen vorwiegend veraltete Waffen. Auch das wieder ein Trick?

Nun wurden alle Hoffnungen in das erneute Treffen zwischen dos Santos und Savimbi gesetzt, das zu vereinbarten hatte, endgültig mit den Verletzungen des Waffenstillstandes Schluß zu machen, die in der Gemeinsamen Kommission zur Schaffung der einheitlichen Armee geführten Gespräche positiv zu beenden, die letzten Kriegsgefangenen auszutauschen, die gegen einander geführte feindselige Propaganda einzustellen und die FAA und „Schnelle Eingreiftruppe“ ausnahmslos in ihre Standorte zurückzuführen.

Die UNAVEM scheint nun mit rund 7 000 stationierten Blauhelm-Soldaten ihre Planung abgeschlossen zu haben und nun besser den kommenden Anforderungen gewachsen zu sein.

Bei all dem hat die UNO im Auge zu haben, daß ihre Mission Nr. II allein im Jahre 1994 26,3 Millionen Dollar kostete und schließlich scheiterte. Und viele Fakten deuten darauf hin, daß noch nicht endgültig Ruhe gegeben wird, und das von beiden Seiten. Auch nach diesen Entwicklungen werden Verletzungen des Waffenstillstandes, von beiden Seiten verursacht, bekannt, nach wie vor sind Verletzungen der Menschenrechte an der Tagesordnung, und kriminelle Banden treiben im Land ihr Unwesen. Einkalkuliert werden muß auch die wirtschaftliche Krisensituation des Landes, die sich bes. in dem 600 Millionen Dollar Defizit des Budgets und der galoppierenden Inflation von 2 000 % im Jahre 1995 ausdrückt.

Nun bleibt abzuwarten, ob Jonas Savimbi seine erneute Zusage wahr macht und die Vizepräsidentenschaft des Landes in der Hauptstadt übernimmt. Oder sollte das wieder an immer wieder vorgebrachten Bedenken bezüglich der Sicherheit der UNITA-Vertreter in Luanda scheitern? Die UNO ist gut beraten, wenn sie der Forderung nach einem Sicherheitsplan für mindestens 20 Persönlichkeiten der UNITA für ihren Aufenthalt am Regierungssitz ernst nimmt, sind doch deren Ansprüche keineswegs durch jahrelangen Buschaufenthalt geschnürt.



Geschichtskongreß der Sinti und Roma Frauen

Vom 22. bis 24. März findet in Köln die erste bundesweite Tagung für und von Sinti und Roma Frauen statt. In der von Rom e.V. organisierten Tagung soll die Geschichte von Roma und Sinti-Frauen in Deutschland dokumentiert werden. Das Ziel der Tagung ist die Sammlung authentischen Materials und der Stärkung des historischen Bewußtseins. Eingeladen sind unter anderen die Schriftstellerin und Künstlerin Cejla Stojka und die Filmemacherin Melanie Splitta. Nähere Informationen zur Veranstaltung gibt's im Rom e.V., unter 62 2562 MW

Köln. Zu diesem Thema fand am 6. März, organisiert von ÖGG, Kölner Appell, Kölner Flüchtlingsrat und ROM e.V., eine Veranstaltung in der Alten Feuerwache statt. In einem Kurzinfo informierte ÖGG vorab die BesucherInnen:

Zur Zeit leben etwa 4800 Bürgerkriegsflüchtlinge in Köln, die von der Stadt betreut werden – über diejenigen, die bei Familien, Gastfamilien usw. leben existieren keine genauen Angaben. Asylbewerber werden aufgrund der Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge kaum mehr nach Köln verteilt. Die Mehrzahl der in städtischen Heimen lebenden Asylbewerber sind daher bereits seit längerem im Asylverfahren.

Laut Stadtratsbeschuß vom 18.3.1993 sollte für Flüchtlinge ein „Betreuungsschlüssel“ von 1 Sozialarbeiter und 2 Heimleiter je 100 Flüchtlinge realisiert werden. Momentan sieht die Situation so aus, daß statt mindestens 40 Sozialarbeitern und 80 Heimleitern nur 12 Sozialarbeiter und 30 Heimleiter eingestellt sind. So hat ein Sozialarbeiter vielleicht gerade mal 3 bis 4 Minuten je Woche Zeit für jeden einzelnen Flüchtlinge – Urlaubszeiten und Krankheit nicht eingerechnet. Die Stadt erklärt diesen Mangel mit der fehlenden Erstattung der Ausgaben durch Land und Bund. Der Ratsbeschuß würde sich

ausschließlich auf Asylbewerber beziehen, für die die Stadt die Kosten erstattet bekommt. Da für Bürgerkriegsflüchtlinge teilweise nur 320,- DM im Monat vom Land gezahlt werde, würde der Betreuungsschlüssel für sie nicht gelten.

Aufgrund der öffentlich geäußerten Kritik im Vorfeld nahm kein Vertreter der Stadt, des Sozial- oder Wohnungsamtes an der Diskussion teil. Sie ahnten wohl, daß das Argument „Kein Geld“ angesichts der aufgezählten Mißstände an diesem Abend nicht ausreichen würde:

Der Zustand vieler Heime ist desolat. Am Poller Holzweg zum Beispiel, wo überwiegend Roma-Familien untergebracht sind, gibt es für 90 Personen nur zwei intakte Duschen, von 2 Herden ist einer kaputt, Kakerlaken tummeln sich. Trotz einer Begehung Ende 95 durch die Stadt hat sich nichts getan. Informiert wird sich hauptsächlich über die Hausmeister und den Adler-Wachdienst. Bewohner, die sich häufig beschwerten, müssen mit „Strafversetzungen“ rechnen. Auf den drei im Mülheimer Hafen liegenden Schiffen leben vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge, zwischen 170 und 250 Menschen, davon sind zur Zeit ca. 60 Kinder. Zweimal die Woche beschäftigt die Stadt hier für drei Stunden eine

Kraft zur Kinderbetreuung. Die Kinder, die fast alle nicht zur Schule gehen, leiden unter den engen Verhältnissen auf den Schiffen, spielen draußen ist gefährlich. Obwohl die Schiffe als erste Auffangstation geplant sind, müssen die Familien oft mehrere Monate dort leben.

Nur ständiger öffentlicher Druck führt dazu, daß Mißstände behoben werden, das zeigten die Beiträge aus Ehrenfeld und Flittard, wo Unterstützerguppen dafür gesorgt haben, daß Renovierungen durchgeführt werden, sanitäre Einrichtungen repariert werden, zum Teil auch umgebaut wird, um z.B. ehemalige Schulklassen so zu unterteilen, daß mehr Privatsphäre für die einzelnen Familien geschaffen wird.

Befürchtet wird, daß die ehemalige Klerken-Kaserne in Ossendorf zu einer Art „Abschiebezentrum“ wird, um die „Zwangsrückführung“ von Bürgerkriegsflüchtlingen durchzuführen. Stefan Janucz vom ROM e.V. berichtete, daß einige Familien Briefe erhalten hätten, in denen von ihnen „als zur Ausreise verpflichtete Personen“ die Rede sei und sie in die Kaserne verlegt worden seien.

Ossi Helling von Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, daß es einerseits notwendig ist, die Einhaltung der einst-

mals selbst durch den Rat beschlossenen Minimalstandards herzustellen, daß andererseits aber auch eine langfristige Unterbringungsplanung notwendig ist mit einer entsprechenden Bauplanung. Stefan Keßler vom Kölner Flüchtlingsrat hob hervor, daß der Druck auf die politischen Instanzen verstärkt werden muß, um eine Aussetzung der Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen zu erreichen. Der „Friedensschluß von Dayton“ darf nicht dazu führen, daß Stadt und Land jetzt nur noch die „Rückführung“ planen. Tatsache ist, daß viele Flüchtlinge nichts mehr haben, wohin sie zurückkehren könnten, hier aber Fuß gefaßt haben, Ausbildungen begonnen haben, eine neue Existenz aufgebaut haben.

Der Abend hat gezeigt, wie wichtig die Arbeit der verschiedenen Flüchtlingsinitiativen und Organisationen ist, machte aber auch deutlich, daß die einstmaligen zahlreichen privaten Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen zurückgegangen sind, die einfach notwendig sind, um entsprechenden Druck auf die Behörden auszuüben.

Wer an einer solchen Arbeit interessiert ist, kann sich an ÖGG, Kölner Appell, ROM e.V. oder Flüchtlingsrat wenden.

u.b., Lokalberichte Köln



Polizei vor die Tür gesetzt: Juristisches Nachspiel

Saarbrücken. Sie kamen, sahen und mußten wieder gehen. Nur von kurzer Dauer war der Auftritt von zwei stadtbekannten Polizisten auf der Veranstaltung „Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes“ am 2. Februar 1996 in Saarbrücken. Nach eigenen Angaben wollten sie sich zwecks Weiterbildung das Referat des Freiburger Rechtsanwaltes Michael Schubert anhören. Nach mehrmaligen öffentlichen Aufforderungen durch die Veranstalterin, die Aktion 3. Welt Saar, den Saal zu verlassen, gingen sie schließlich.

Die Veranstalterin war nicht bereit, die Veranstaltung unter Polizeikontrolle durchzuführen. Als erste Reaktion veranlaßten die betroffenen Polizisten daß die Aktion 3. Welt Saar den städtischen (!) Raum nicht mehr anmieten kann. Das gleiche Schicksal traf wenige Tage später auch die Kurdistan-AG des Internationalismus-Referates vom AStA der Universität des Saarlandes. Im zweiten Schritt strebt einer der Polizisten eine Zivilklage gegen einen Mitarbeiter der Aktion 3. Welt Saar und freien Journalisten an. Ihm wirft er durch seinen Anwalt vor, er hätte auf der Veranstaltung fotografiert und

Portraitaufnahmen von seiner Person gemacht. Er fordert die Herausgabe der angeblich entstandenen Photos und Negative und verlangt bei Zuwiderhandlung 10.000 DM Schadensersatz.

Gertrud Selzer

„Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen“

Stuttgart. Ein Bündnis von 56 Organisationen aus dem Bereich der Wohlfahrtsverbände sowie der Friedens- und Ökologiebewegung hat sich in der bundesweiten Kampagne „Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen“ gegen die Entwicklung und Beschaffung des Eurofighters ausgesprochen. Mehr als 80.000 Menschen haben sich im Rahmen dieser Kampagne in einer Massenpetition mit diesem Anliegen an den Petitionsausschuß des Bundestages gewandt.

Am 28. Februar hat der Petitionsausschuß mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen entschieden, die Massenpetition den Fraktionen des Deutschen Bundestages lediglich „zur Kenntnis“, d.h. nicht zur Berücksichtigung zu überweisen. Vor dem Hintergrund der festen Entschlossenheit der Regierungsparteien und Teilen der SPD, an dem un-

Bürgerschaft für Freilassung

Lübecker Bürgerschaft setzt sich für Hanna Krabbe ein

Die Anstrengungen, die Freilassung von Hanna Krabbe aus der JVA Lübeck zu erreichen, haben einen wichtigen politischen Erfolg gezeitigt. Am 29.2. hat die Lübecker Bürgerschaft mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grünen einen Antrag der Grünen zugestimmt, die Forderung nach Freilassung zu unterstützen. Der Antrag enthielt außerdem die Bitte an den Lübecker Bürgermeister Bouteiller, sich schriftlich beim Bundesjustizminister und dem zuständigen OLG Düsseldorf für die Freilassung einzusetzen. Der ist, trotz einer Hetzkampagne der CDU, die den Antrag als „rechtswidrig“ abzustempeln versuchte, inzwischen dem Ersuchen nachgekommen. Während der Sitzung der Bürgerschaft waren einige Leute aus Hamburg und Lübeck mit Büchertisch, Infostellwänden und Transparenten direkt vor dem Rathauseingang präsent, um über die Situation von Hanna zu informieren und der Forderung nach Freilassung von Hanna Krabbe und nach Freiheit für alle politischen Gefangenen Nachdruck zu verleihen.

Wie in dieser Zeitung schon berichtet, verschleppen der mit einem psychiatrischen Gutachten beauftragte „Sachverständige“ Saß und das Gericht seit November die längst überfällige Freilassung Hannas. Jetzt endlich, nachdem in den letzten Wochen etliche politische Organisationen, Gruppen, linke Kollektive und Einzelpersonen sowie gefangene Männer und Frauen aus der JVA Lübeck Protestbriefe an den Bundesjustizminister und das OLG Düsseldorf geschickt haben, scheint sich der unerträgliche Zustand der Ungewißheit dem Ende zu nähern. Laut Presseinformationen wird das Gericht im April über die Freilassung entscheiden. Damit es wirklich entscheidet und Hanna baldmöglichst – nach dann 21 Jahren Haft – rauskommt, ist es nötig, jetzt noch einmal alle Kräfte zu mobilisieren. Deshalb hier die Adressen für Protestschreiben: Bundesminister der Justiz, Herrn Schmidt-Jortzig, m. Heinemannstr. 6, 53175 Bonn; OLG Düsseldorf, 6. Strafsenat, Ra. OLG Steffen, 40402 Düsseldorf, Postfach 300210. (scc)

Umweltminister gestoppt

Augsburg. Die Kläger gegen den Einsatz plutoniumhaltiger Mox-Brennelemente im Kernkraftwerk Gundremmingen brauchen TÜV-Gutachterkosten in Höhe von rund 146.000 Mark nicht zu bezahlen. So entschied der bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) Anfang März. Damit hat das „Bündnis Schutz vor Mox“ einen wichtigen Erfolg erzielt. Das Bündnis entstand 1991 zur Vorbereitung der Anhörung, zu der AKW-Gegner unter der Losung „I Mox ned!“ 40.000 Protest-Unterschriften gesammelt hatten. Der Erörterungstermin im Januar 1993 war eine Farce. Der damalige Umweltminister Gauweiler genehmigte den Mox-Einsatz in Gundremmingen. Dagegen zogen das Bündnis und die Städte Günzburg und München vor Gericht. Doch das Gericht ent-

schied im April 1995 für die Atomstromseite. Diese trieb den Streitwert in die Höhe. Über die für die MOX-Gegner unerwartet hohen Kosten hinaus forderte Umweltminister Goppel im Juni 1995 außerdem 146.000 Mark für die Heranziehung des TÜV im Gerichtsverfahren. In einem Spiegel-Interview begründete er das so: „Der Steuerzahler kann nicht jeden Streithansel finanzieren.“ Auf die Frage, warum er denn den teuren TÜV hinzugezogen habe, antwortete Goppel: „Die Kläger hatten angekündigt, mit Bataillonen von Professoren anzurücken. Da mußten wir uns wehren mit externen Experten.“ Das Gericht wies diese Auffassung zurück. Die Behörde sei mit der Materie vertraut und hätte den Prozeß auch ohne Hilfe des TÜV bestreiten können. baf

DVU-Hetze zur Landtagswahl

Faschisten such Nähe zur rassistischen Verbrechen

Schleswig-Holstein. Vor vier Jahren niestete sich die DVU mit 6,3% in den Kieler Landtag ein. Obwohl die sechs Fraktionsmitglieder in der Zwischenzeit in zwei Hälften zerfielen, der Fraktionsvorsitzende Stawitz trat mit zwei weiteren in die DLVH, ist das Heraushalten der Faschisten bei der Landtagswahl am 24. März kein Selbstgänger. Mit einem Aufwand von 6 Mio DM hatte die DVU bereits seit Ende Januar mit ihrer Wahlhetze losgelegt. Flächendeckend und schwerpunktmäßig in ihren stimmenstärksten Gebieten Kiel, Lübeck und dem Hamburger Umland. Dabei geht der Konsens der bürgerlichen Parteien, die Faschisten nicht „aufzuwerten“, sondern, die Angelegenheit durch Stillschweigen zu erledigen, an der Wirklichkeit vorbei. Aufgewertet wird die DVU-Hetze durch die Mitte Februar in den Tageszeitungen veröffentlichte Kriminalitätsstatistik mit der gesonderten Ausweisung von „Straftaten durch Ausländer“. Die fragende Leserschaft wird von der DVU mit dem Satz „Kriminelle Ausländer abschieben. Lebenslängliche Einreisesperre für ausländische Verbrecher“ verzart.

Aufgewertet wird die DVU-Hetze durch die Ermittlungsmethoden bei der

Brandursache in Lübeck, als auch die Hatz auf Bürgermeister Bouteiller. Unterdrückt wurden Anhaltspunkte, die zur Entlastung des feststehenden Libanesischen führen. Kaum erwähnt wurde, daß der zur Begleitung eines der Brandopfer mitgereiste Nigerianer einer Verhaftung nur durch eine Flucht in die Botschaft entkam und ein Rückflug mit Hilfe der von Bouteiller ausgestellten Reisepapiere gelang. Stattdessen fordert die CDU den Rücktritt, die FDP Maßnahmen wegen Rechtsbruchs und SPD-Innenminister Wienholtz prüft disziplinarische Konsequenzen. Die DVU setzt hier in ihrer zweiten Postwurfsendung an: „Rechter Terror eine Lüge! Die Lehre von Lübeck: Scheinasylanten ausweisen. Kriminelle Ausländer abschieben“ kann hier unwidersprochen wirken. Die DVU betreibt nicht nur die Verteidigung rassistisch motivierter Verbrechen, sondern sie stellt auch bei ihrer Plakatierung eine direkte Verbindung her. Sozusagen als Wegweiser.

Antifaschistische Versuche, sich gegen diesen Eingewöhnungsprozeß zu behaupten, sind vorhanden. In Kiel wurden DVU und DLVH durch drei Kreiswahlausschüsse abgelehnt und durch den Landeswahlleiter Lutz wieder zugelassen. Im Kreis Pinneberg wehrte sich der SPD-Vertreter (Bündnis 90/Die Grünen waren nicht anwesend.) Ebenso finden organisierte Überklebaktionen in mehreren Orten statt. In Elmshorn distanziert sich ein Großteil der Postzusteller öffentlich von den Postwurfsendungen. In Lübeck läuft die „Aktion braune Tonne“. Auch gibt es Einwohnerbeschwerden an die Ordnungsbehörde wegen massiver Plakatierung. Diese Aktionen finden zum Teil parallel statt. Eine Verbindung untereinander herzustellen, scheint schwieriger denn je.

rua



verantwortlichen Eurofighter-Projekt festzuhalten, kommt dieser Beschluß einer Ablehnung der Massenpetition und der Zustimmung zum Eurofighter gleich.

Die Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Obfrau im Petitionsausschuß, und Winfried Nachtwai Mitglied im Verteidigungsausschuß, erklärten, daß sie den Beschluß des Petitionsausschusses nicht unwidersprochen hinnehmen werden: „In einem Änderungsantrag werden wir dem Deutschen Bundestag empfehlen, das Anliegen der Petentinnen und Petenten zu berücksichtigen. Wir stellen uns uneingeschränkt hinter die Forderung der 80000 Petentinnen und Petenten, die Mittelverschwendung für den Eurofighter mit sofortiger Wirkung einzustellen. Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, ist der Eurofighter nicht nur ein gigantisches Rüstungsprojekt für die neuen Einsatzvorhaben der Bundeswehr, sondern auch ein milliardenteures Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie. Wir sind mit vielen Bürgerinnen und Bürgern der Auffassung, daß die verplanten Eurofighter-Gelder für zivile, soziale und ökologisch nützliche Zukunftsinvestitionen wesentlich dringlicher und sinnvoller zu nutzen sind. Deshalb werden wir einer für den Sommer/Herbst

angekündigten Beschaffungsvorlage der Bundeswehr unsere Zustimmung versagen.“

(Kommunal Berichte Stuttgart)

Landesversammlung der VVN/BdA

Freiburg. Am 2. und 3. März fand in Freiburg die Landeskonferenz der VVN-BdA Baden-Württemberg statt. Die wiedergewählte Landessprecherin Anne Rieger faßt die Ergebnisse zusammen. Ein „Bündnis gegen Rechtsentwicklung und Sozialabbau“ forderte die 31. Landeskonferenz der VVN-BdA. Statt Kürzung der Sozialhaushalte setzt sie sich ein für die Kürzung des Rüstungshaushalts.“ Anne Rieger betonte, daß Sozialabbau zu Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit führe. Daraus entstünde ein Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Dem wolle die VVN-BdA durch Wachhalten der antifaschistischen Geschichte und gezielte Aufklärung in Schulen und Jugendhäusern entgegenwirken. „Wir sind mit der Jugendarbeit ein erhebliches Stück vorangekommen ... Wir haben unseren ersten Jugendkongreß abgehalten, in einigen Kreisen haben sich Jugend-VVNs gebildet.“

Die Delegierten forderten die Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter u.a. von Daimler Benz und Bosch. Von der geplanten Kürzung der Wiedergutmachungsrenten für Naziopfer müsse Abstand genommen werden. Diese hatte Finanzminister Mayer-Vorfelder ausgerechnet am neuen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar, ins Spiel gebracht. Der Freiburger Bürgermeister Thomas Landsberg hatte zu Beginn der Konferenz Respekt vor der Leistung der antifaschistischen Widerstandskämpfer geäußert, die Leben, Freiheit und Gesundheit geopfert hätten. Auch der DGB-Kreisvorsitzende Stefan Rebmann hatte der Konferenz seine Solidarität erklärt.

Antifaschistische Zeitung Freiburg

„Brauchen wir in Stuttgart ein Deserteurs-Denkmal?“

Stuttgart. Diese Frage beantwortet Fritz Endemann von der Neuen Richtervereinigung für die Initiative „Deserteurs DENKMAL für Stuttgart“.

„Kriegerdenkmale haben wir in Stuttgart allzu viele, aber kein einziges Denkmal, das Deserteure ehrt, an sie erinnert und im Sinne eines wirklichen Denk-

MAL(s) zum Nachdenken darüber angeregt, welches Verbrechen jeder Krieg ist und daß Desertion und Kriegsdienstverweigerung eine ehrenhafte Widerstandshandlung gegen dieses Verbrechen sind. Das wollen wir ändern und haben deshalb die überparteiliche Initiative Deserteurs-Denkmal für Stuttgart ins Leben gerufen. Unser Ziel ist es, am diesjährigen Volkstrauertag – Sonntag, 17. November – an einem angemessenen Platz in Stuttgart ein Deserteurs-Denkmal aufzustellen.“

Stefan Schneider (Pax Christ), Paul Russmann (ORL – Ohne Rüstung leben) und Stefan Philipp (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner) laden ein, für diese Initiative einen Trägerkreis zu gründen und eine inhaltliche Plattform zu verabschieden. Fritz Endemann (Neue Richtervereinigung Stuttgart) referiert: „Brauchen wir in Stuttgart ein Deserteurs-Denkmal?“

(PM, Kommunale Berichte Stuttgart)

Ostermarsch

In der ganzen Bundesrepublik finden die traditionellen Ostermärsche statt. Achtet auf die Termine in den lokalen Linken Blättern.



10.000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 7. März in Potsdam vor dem Brandenburger Landtag gegen den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf eines neuen Schulgesetzes (links). Im Anschluß an die Demonstration kam es vor dem Landtag zu einer Rangel, bei der 17 Scheiben zu Bruch gegangen sein sollen. (rechts)

Landeschulgesetz und „Schüleraufstand“

Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann zum Streit um ein neues Schulgesetz in Brandenburg

„So ging es '68 auch los“, wußte die „Lausitzer Rundschau“ bereits vor Beginn der SchülerInnen-Demonstration am 7. März in Potsdam, zu einer Zeit also, als der Veranstalter noch mit 500 bis 1.000, maximal 2.000 TeilnehmerInnen rechnete. Es kamen dann nach Polizeiangaben etwa 10.000, obwohl Bildungsministerin Peter de facto versucht hatte, die Demonstration zu verbieten.

Im nachhinein bewegten die Ministerin zwei Fragen: Das hohe Maß der Desinformation und der Sachschaden. Ob nicht auch eigene Versäumnisse zu den Protesten geführt hätten, versuchte vorsichtig die Moderatorin der ORB-Nachrichtensendung eine Brücke zu bauen. Mit der nachfolgenden Antwort hatte sich Frau Peter dann politisch und pädagogisch restlos selbst disqualifiziert. Je nach Temperament und Einstellung fanden LehrerInnen den zappigen Auftritt ihrer Ministerin peinlich, skandalös, ungeschickt oder frech. Angesichts wachsenden politischen Desinteresses bei der Jugend ist es nicht besonders klug, 10.000 SchülerInnen faktisch für doof zu erklären, ihnen jedes politische Interesse am Landeschulgesetz mit der Bemerkung, sie liefen lediglich „falschen Propheten“ hinterher, abzusprechen. Die CDU sah gar Anlaß, „die PDS zu fragen, wie weit sie an den Vorbereitungen dieser Demonstration beteiligt war ...“ Die PDS dagegen war

in einer komfortablen Lage. Ihr Abgeordneter Andreas Trunschke konnte sich des Beifalls der Demonstranten sicher sein, als er als einziger Vertreter des Bildungsausschusses zu ihnen sprach.

PDS-Fraktion im Landtag, GEW und LandeschülerInnenrat (LSR) stimmen in wichtigen Punkten überein. Die PDS hatte zudem einen eigenen Gesetzentwurf sowie ein Schulverfassungsgesetz, das Einzelheiten demokratischer Mitbestimmung regelt, zeitlich vor dem Referentenentwurf der Regierung auf den Weg gebracht.

Die entscheidenden Forderungen und Kritikpunkte sind:

1. Mehr Demokratie in der Schule und weniger Zentralismus. Insbesondere geht es um einen Rechtsanspruch auf Mitbestimmung und Mitwirkung. Der LSR hat natürlich etwas gegen ein Vetorecht von Lehrern in der Schulkonferenz. Die im Gesetzesentwurf der Regierung vorgesehene, inzwischen wieder etwas abgeschwächte, Zentralisierung der Schulträgerschaft steht einer Entscheidung vor Ort entgegen. Sie könnte sogar auf eine Enteignung der Kommunen hinauslaufen, wenn Schulgebäude (Immobilien) und bereits getätigte Investitionen in Schulbauten dann ersatzlos an die Kreise fallen.

2. Ein noch so fortschrittliches Schulgesetz macht sich selbst überflüssig, wenn einzelne Festlegungen darin unter Haushaltsvorbehalt stehen. Genau das

soll aber im neuen Landeschulgesetz festgelegt werden. Die PDS „lehnt ab“, der LSR sagt es drastischer: „Mal ehrlich, das ist doch schwachsinnig!“

3. Auch zu der Formulierung „das für Bildung zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt“ gibt es lediglich Unterschiede in der Schärfe der Ablehnung. Der LSR hat diese Worte 35 mal festgestellt.

4. Eine wie auch immer versteckte Dreigliedrigkeit des Schulsystems ist nach Meinung der Kritiker nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr sollte eine Schule angestrebt werden, die alle in Deutschland gültigen Abschlüsse ermöglicht. Nach gegenwärtigem Stand der Dinge könnte das mit weiterer Ausgestaltung der Gesamtschule erreicht werden.

5. Die PDS sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gesetz genauer zu fassen. (Auf der letzten Sitzung des Bildungsausschusses gab es hier allerdings Bewegung in die richtige Richtung.)

6. Das neue Unterrichtsfach Lebenskunde-Ethik-Religionskunde (LER) will die PDS konsequenter als ordentliches Unterrichtsfach ohne Abwahlmöglichkeit, auf keinen Fall als Ersatz für Religion bzw. umgekehrt.

7. Schließlich, das Wort macht tatsächlich unter Schulburekraten die Runde, wenden sich die Kritiker gegen Versuche, das brandenburgische Schul-

system „für die Fusion fit zu machen“, d.h. Ärger mit der CDU möglichst zu vermeiden.

Viele dieser Forderungen habe ich während der Demonstration am 7. März, also bevor auch mich in einem Arbeitszimmer des Landtages nach der Demo fast ein Stein traf, gehört und auf Flugblättern gelesen. Diese Forderungen finden sich auch im Aufruf zu der SchülerInnen demonstration am 27. März anläßlich der Landtagssitzung, in der über dieses Gesetz abgestimmt werden soll, wieder.

Sicher ist das Schulgesetz in Brandenburg nicht das schlechteste in der Republik, aber die genannten Punkte berechtigen, so meine ich, zum Protest. Das sind die eigentlichen Probleme im Zusammenhang mit dem „Schüler-Aufstand“ (Berliner Kurier vom 8.3.96). Demokratie ist möglich, wenn die Beteiligten ernst genommen werden. Aber selbst, wenn die SchülerInnen (oder andere) nicht ernst genommen werden, sind eingeworfene Fensterscheiben, das will ich einräumen, allerdings noch immer ein schlechtes Argument, um ein eigenständiges Denken zu belegen. Demokratie erleben verhindert Gewalt. Ganz einfach!

Der Autor ist Mitarbeiter des Arbeitskreises V (Bildung/Wissenschaft/Kultur/Jugend/Sport) der Fraktion der PDS im Brandenburgischen Landtag.

Keinesfalls als Schlagzeilen, aber immer wieder von den Medien vermerkt, häufen sich in Ostdeutschland die Nachrichten über Konkursanmeldungen, Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Entlassungen. „Kompetente“ Personen melden sich zu Wort: Im Osten trenne „sich die Spreu vom Weizen“ - wie sich kürzlich Herr Staatssekretär Johannes Ludewig, Bundeswirtschaftsministerium, ausließ. Den Unternehmen, die den Boom der letzten drei Jahre auf wackeliger Basis mitgemacht hätten, „gehe“ nun langsam die „Luft aus“.

Trifft das den Kern der Vorgänge in der ostdeutschen Industrie? Gewerkschafter, Betriebsräte und Experten sehen vor allem knallharte Fakten: Die Finanzkrise der Bremer Vulkan bringt ostdeutsche Tochterunternehmen, die effektiv arbeiten, in schwierige Situationen. Die Pleite des Baukonzerns Maculan ist für die Bauwirtschaft nur die Spitze des Eisberges. Traditionelle Berliner Betriebe stehen vor dem Konkurs wie das Maschinenbauunternehmen Fritz Werner & Niles AG, dem bis zu 80 Millionen liquide Mittel fehlen. Oder der Transformatorenbau AEG TRO, das von der AEG-Lieferung aufgegeben werden soll, um die Produktion im Werk in Mönchengladbach zu konzentrieren.

Firmenzusammenbrüche

Ostdeutschland erlebt Kapitalismus pur

Auch das Aus für den Milchhof Berlin-Weißensee kam plötzlich und überraschend, denn der Neuköllner Unternehmer will die Produktion nach Elsterwerda (Sachsen-Anhalt) verlagern. Hiobsbotschaften kommen auch aus anderen ostdeutschen Ländern. Im RFT Staßfurt sollen 350 Entlassungen vorgenommen werden. In Magdeburg eröffnet der Tief- und Kulturbau den Konkurs. Die mißlungene Privatisierung des größten ostdeutschen Maschinenbauunternehmens SKET Magdeburg wird deutlich. Auch im Freistaat Sachsen, dem Reich König Kurts, rollt eine neue Krisenwelle von Germania Chemnitz bis zum Waschmaschinen- und Kühlschrankschrankhersteller Foron über die sächsische Industrie. Nicht ausgespart bleiben Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Konkurse von vier ausgegliederten Zeiß-Betrieben in Jena, Entlassungen von über 100 Beschäftigten Doctor-Optik-Werken in Saalfeld, Schleiz und Wetzlar. Gesamtvollstreckung im Faserplattenwerk

Bestwood in Ribnitz-Damgarten.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Deutlich wird, daß die Krise vor allem die ostdeutsche Industrie trifft und die Unternehmen rigoros zusammenstreichen, konzentrieren und Beschäftigte entlassen. Über Ostdeutschland rollt die zweite Welle der Deindustrialisierung und das weitere Plattmachen ostdeutscher Konkurrenz. Der Berliner IG Metallsprecher Michael Böhm charakterisiert es als zunehmende Verteilungskämpfe zwischen Ost und West. Die fehlerhafte Privatisierungspolitik der Treuhand zeitigt katastrophale Folgen. Wie im Falle der Vulkan-Werke wurden Subventionen offenbar in Größenordnungen verschleudert. Alle Unternehmen leiden an fehlendem Eigenkapital. Die ehemals in Osteuropa vorhandenen Märkte für die ostdeutsche Industrie brachen weg oder wurden verspielt. Selbst Unternehmen, die noch mit Aufträgen vollgestopft sind, werden die Lebensgrundlagen entzogen, indem Produktionsverlagerungen durchgeführt

werden. Die Politik in Berlin reagiert mit Versprechungen. Wirtschaftsminister Pieroth versichert, daß er fest an der Seite der TROjaner stehe, obwohl ihm die Negativentwicklung bei TRO keinesfalls erst jetzt zu Ohren gekommen sein wird. Pieroth wußte sicher davon, daß Daimler-Benz, den die AEG-Teile in Berlin gehören, einen größeren Deal mit dem französischen Konzern GEC-Alsthom vorhat. Der Deal aber vollzieht sich auf dem Rücken der ostdeutschen Industrie und den Beschäftigten. In Berlin und Brandenburg wurden Ende Februar 1996 rund 450.000 Arbeitslose registriert, 56.000 mehr als vor Jahresfrist.

Was macht die PDS? Die PDS unternahm erste Initiativen im Berliner Abgeordnetenhaus, die allerdings sehr zahn ausfallen. Es wird die Standortfrage strapaziert und es werden Mittel der EU und der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur für die Unternehmen gefordert. In Sachsen läßt sich die PDS mit Biedenkopf auf einen Streit um Vernetzung ein und überall fehlt es ihr an tragfähigen Verbindungen zu den Gewerkschaften und Betriebsräten. Die PDS ist offenbar dem neuem Ansturm der Konzerne und Unternehmer nicht gewachsen. Es wird gekleckert, aber nicht konzeptionell geklotzt. (abe)



MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Papierzeugende Industrie: Mindestforderung abgeblockt

Seit einigen Jahren stellen Vertrauensleute der PWA Waldhof Festgeld- oder Mindestforderungen auf. In diesem Jahr beschloß die Tarifkommission für die 12000 Beschäftigten im Bezirk Baden-Württemberg einen Forderungsempfehlung von 5,5%, mindestens 170 DM, und für Auszubildende 80 DM, damit im unteren Bereich die Lohngruppen nicht immer weiter abdriften. Gleichzeitig wurde aber wie in anderen Bezirken auch beschlossen, auf Bundesebene zu verhandeln. Die Mitglieder der Bundestarifkommission haben nun am 7.3. beschlossen: 5,5% als reine Prozentforderung, auch für die Auszubildenden. Die Laufzeit soll höchstens 12 Monate betragen. Außerdem werden – wie überall – arbeitsplatzfördernde Maßnahmen verlangt, die überprüfbar sein müssen. – (ide, KI Mannheim)

200 DM als ÖTV-Forderung in Niedersachsen

Der ÖTV-Bezirk Niedersachsen hat für die Tarifrunde 1996 für den öffentlichen Dienst folgende Forderungen beschlossen:

1. Erhöhung der Löhne und Vergütungen um einen einheitlichen Betrag von 200 DM. 2. Erhöhung bei Auszubildenden um 150 DM. 3. Laufzeit 12 Monate. Darüber hinaus gibt es nachstehende Punkte, die entsprechend diskutiert und zusammengefaßt wurden: • keine Verschlechterung bei den Manteltarifverträgen einschl. Urlaubsgeld und 13. Monateinkommen. • Mehr Ausbildungsplätze und Übernahmegarantie nach abgeschlossener Ausbildung. • Arbeitszeitverkürzung in 1997. – (m.p.)

Gleichberechtigung in allen Berufen auch bei Bayer AG!

Seit mehreren Jahren werden bei der Bayer AG Frauen als Chemikantinnen ausgebildet. Als die ersten Chemikantinnen ausgebildet wurden, war es vom Gesetzgeber noch verboten, sie im Schichtdienst zu beschäftigen.

Diskussionen gab es damals wie heute, ob Frauen Schicht arbeiten sollen. Zur gesundheitlichen Belastung durch die Schichtarbeit kommt später für viele Frauen die Belastung durch Kindererziehung und Haushalt hinzu. Die bestehenden sozialen Einrichtungen (Kindertagesstätten) sind auch bei Bayer nicht auf Schichtarbeit eingerichtet. So daß sich die Frage stellt, ob Frauen, wenn sie keinen Teilzeitarbeitsplatz in den Schichtbetrieben erhalten, früher oder später aus dem Beruf aussteigen müssen. Teilzeitarbeit in Schichtbetrieben gibt es bei der Bayer AG nicht und ist zur Zeit auch nicht vorgesehen, obwohl es vom Schichtsystem her möglich wäre.

In der Anfangszeit hatten viele Kollegen Vorbehalte gegenüber den neuen

Kolleginnen wie: Können Frauen denn überhaupt die körperlich schwere Arbeit in einem Schichtbetrieb leisten? Kommen Frauen mit einem bisweilen sehr rauen Betriebsklima klar? Stören Frauen in der reinen Männerwelt der Schichtbetriebe? Werden Frauen nicht zum sexistischen Angriffsziel?

Das Ergebnis war schlichtweg überraschend. In den wenigen Schichtbetrieben, in denen Frauen eingesetzt worden sind, ist eine deutliche Verbesserung des Betriebsklimas festgestellt worden. Die obengenannten Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Die Chemikantinnen haben sich in den Betrieben bewährt. Allerdings scheinen sich einige Vorgesetzte nicht daran zu gewöhnen, daß eine Schwangerschaft zum Lebenslauf einer Frau gehören kann. Eine Familienpause ist für sie immer noch schlimmer als das Einberufen der männlichen Beschäftigten zum Wehr- oder Zivildienst. Die Anzahl der Frauen, die als Chemikantinnen ausgebildet werden, ist mittlerweile zurückgegangen. Das wird wohl auch daran liegen, daß Frauen in der Bayer AG keine Lobby besitzen.

In den letzten Jahren war zu beobachten, daß Frauen vor allem dann in Schichtbetrieben verstärkt eingestellt wurden, wenn es auch schon in der mittleren Führungshierarchie Frauen gab.

Wenn wir auch nicht den Einsatz von Frauen auf Schicht befürworten, müssen wir mittlerweile feststellen, daß die Produktion einer der wenigen verbliebenen Bereiche ist, in denen auch Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen ausgebildet werden konnten. Die Ausbildung zur Chemikantin könnte für viele Frauen eine Chance sein. Schließlich ist dieser Ausbildungsberuf der zahlenmäßig stärkste im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Demgegenüber wurden die Ausbildungsplätze für ChemielaborantInnen – einem häufig auch von Frauen gewählten Beruf – massiv abgebaut. In den technisch/handwerklichen Berufen werden Frauen nur in Ausnahmefällen ausgebildet. Die Ausbildung von Frauen beschränkt sich immer mehr auf wenige traditionelle Berufsbilder wie z.B. Bürogehilfin, wenn sie denn überhaupt eine Ausbildung erfahren.

Wir fordern nicht nur anlässlich des internationalen Frauentags (8. März) die Öffnung von typisch männlichen Berufsbildern für Frauen. Dazu gehört, daß für die Ausbildung von Frauen gezielter geworben wird; daß Ausbilderinnen und mehr weibliche Führungskräfte eingestellt werden; daß räumliche Voraussetzungen geschaffen werden (Toiletten, Duschräume). Es darf nicht sein, daß eine weltweit agierende Firma wie die Bayer AG nicht in der Lage ist, weitere Berufe für Frauen zu öffnen. Es kann nicht sein, daß der Einsatz einiger weniger Frauen als Chemikantin das einzige kleine Aushängeschild ist.

Aus dem März-Flugblatt der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei Bayer-Le-verkusen

Vorbereitung für Streik am Bau

Entsendegesetz und Mindestlohn

Am 16. März fand in der Westfalenhalle Dortmund eine zentrale Funktionärskonferenz der IG Bauen-Agrar-Umwelt mit ca. 3.000 Teilnehmern statt (s. auch Seite 1). Es lagen Grußbotschaften vor von zahlreichen europäischen Baugewerkschaften darunter aus Polen und Tschechien. Persönlich anwesend waren Vorsitzende der Baugewerkschaften aus England, Irland, Portugal und den Niederlande. In ihren, von starken Beifall unterbrochenen Grußworten, hoben sie die Wichtigkeit der internationalen Solidarität der Bauarbeiter hervor. Sie sagten der IG BAU im Falle eines Streiks ihre Unterstützung zu, da dieser Kampf auch der ihrige sei. Wir dokumentieren im folgenden aus der Rede von Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der IG BAU, für die er ebenfalls starken Beifall bekam. – (tja)

Über 250.000 Kollegen haben in diesem Winter ihren Arbeitsplatz verloren, obwohl wir im Tarifvertrag die Kündigung aus Witterungsgründen ausdrücklich ausgeschlossen haben. Viele Arbeitgeber tun so, als gäbe es den Tarifvertrag für ein ganzjährig gesichertes Einkommen überhaupt nicht.

Außerdem werden unsere Lohn- und Gehaltstarifverträge ebenso mißachtet wie der BRTV. Das sind für uns keine Kavaliärsdelikte! Das ist für uns schlicht und einfach eine Schweinerei. Und dagegen werden wir jetzt kämpfen. Verglichen mit dem Verhalten mancher Arbeitgeber war Al Capone ein Meßdiener. Vornehme Zurückhaltung ist ab sofort ausdrücklich unangebracht. Vornehme Zurückhaltung verstehen nämlich die Arbeitgeber nicht. Wir Bauarbeiter sprechen eine ehrliche und deutliche Sprache. Und Schweinereien können wir nicht mit Samthandschuhen anfassen und bekämpfen ...

Wir werden Roß und Reiter benennen. Es gibt unsere Prüfplaketten wie beim TÜV. Und wir legen einen strengen Maßstab an. Tarifbrecher sind Rechtsbrecher – so einfach, aber auch so deutlich müssen wir das sagen. Vor allem in der Öffentlichkeit! Die Enttäuschung, die Wut und der Zorn der Bauarbeiter über die massenhaften Tarifverstöße ist ungeheuerlich groß ... Tarifverträge sind Preislisten, zu denen wir unsere Arbeit machen wollen. Da gibt es weder Skonto noch Rabatt und da gibt es auch keine Teilzahlungsgeschäfte. Tarife sind Mindestarbeitsbedingungen und keine Mondscheinvereinbarungen ...

Wir haben vom Gejammer um den Standort Deutschland und von den endlosen Debatten zum Umbau des Sozialstaates die Schnauze gestrichen voll. Die Kanzlerrunde beschließt ein „Bündnis für Arbeit“. Wie schön für die abendliche Runde ...

Das Entsendegesetz ist nach vielem Hin und Her nicht im Parlamentsgestrüpp hängengeblieben ... Und die Stunde der Wahrheit für die Arbeitgeber begann dann am Verhandlungstisch über den Entsendelohn. Jetzt mußten sie Farbe bekennen und die Maske vom Gesicht nehmen ... Übergangsfristen etwa für die Hälfte der Laufzeit des Gesetzes sollten plötzlich mit uns vereinbart werden. Das war für sie viel wichtiger als die Höhe des Entsendelohnes ...

Dabei geht es nur um 10 % aller Baustellen in Deutschland! Nur 10 % – man stelle sich das vor. Die haben es aber in sich. Dort tummeln sich die Großen der Branche. Sie machen den großen Reibach mit den kleinen Löhnen ... Mit uns sind keine Übergangsfristen

zu machen! Dann hätten wir auch gleich auf das Gesetz verzichten können. Vom ersten Tag an wollen wir den Entsendelohn ...!

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik wollen das vereinte Europa. Wir wollen aber vor allem ein Europa der Arbeitnehmer. Ein Europa der Geschäftsmacher und Ausbeuter lehnen wir ab ...

Was wir tun müssen, richtet sich nicht gegen unsere ausländischen Arbeitskollegen. Im Gegenteil. Wir wollen ein faires Miteinander auf den Baustellen und in den Betrieben. Fremdenfeindlichkeit ist nicht unsere Sache! Jahrzehntlang haben wir mit Bauarbeitern aus dem benachbarten Ausland zusammengearbeitet. Zu gleichen Arbeitsbedingungen. Jeder bekam seinen Tariflohn. Wir waren keine Konkurrenten untereinander ...

Jetzt, im Europa der Halsabschneider und Geldgierigen, sieht das alles ganz anders aus. Im sogenannten freien Markt sind unsere Baustellen zu Inseln fremden Rechts geworden ...

Und wenn sich die Bauarbeitgeber wegen der Allgemeinverbindlichkeit ständig hinter der BDA verstecken, so muß ich von dieser Stelle aus dem Bundeskanzler die Frage stellen: Wer regiert eigentlich dieses Land? Das Kabinett oder das Kapital? Oder gibt es doch eine heimliche Koalition zwischen Kabinett und Kapital? ...

Am 28. Februar haben wir nicht nur über die Entsendeproblematik verhandelt. Vormittags fand die erste Lohnrunde statt. 5 % – das war unsere Forderung, die aber auch mit einer arbeitsmarktpolitischen Komponente verbunden ist. Darauf haben die Arbeitgeber bisher nur mit erheblichen Eingriffen in bereits bestehende Tarifverträge geantwortet. Sie wollen:

- einen Stillstand bei den Ausbildungsvergütungen im zweiten und dritten Ausbildungsjahr
- eine generelle Senkung des 13. Monateinkommen,
- eine Lohnpause für 10 Monate im Osten unserer Republik
- den Jungesellenlohn erst nach einer Wartezeit von drei Jahren bezahlen
- und schließlich wollen sie sogar Öffnungsklauseln für Löhne und Gehälter, wenn es sich um notleidende Betriebe handelt ...

Ich habe ihnen moderate Tarifierhöhungen in Aussicht gestellt, wenn sie bereit sind, unseren Tarifvertrag „Ganzjährig gesichertes Einkommen“ in der Form zu verändern, daß mit einer größeren Umlage bei den Sozialkassen in Wiesbaden eine Rückerstattung der Arbeitgeberaufwendungen in Höhe von 50% vereinbart wird. Dies würde dazu führen, daß die Arbeitgeber ihre Belastungen wieder solidarisch finanzieren. Es würde verhindern, daß wir noch einmal eine solche Massenarbeitslosigkeit im Winter beschert bekommen, wie wir es in diesem Jahr erlebt haben ...

Sollten sie auch diesen Vorschlag nicht akzeptieren und sollten sie weiterhin an ihrem Gruselkatalog festhalten, werden auch die Lohnverhandlungen platzen. Denn wenn wir schon einmal im Arbeitskampf sind, dann können wir gleich beide Probleme auf einmal erledigen ...

Was die Arbeitgeber mit uns machen wollen, bedeutet im Endeffekt das Ende einer freien Gewerkschaftsbewegung. Das bedeutet dann auch eine andere Republik ...

Wir haben nichts mehr zu verlieren. Wir sind zu jedem Waffengang bereit, der uns aufgezwungen wird.

Mercedes-Belegschaft streikte

„Wir können auch anders, Herr Haug!“



Am Donnerstag, 7.3., 21 Uhr haben die Kolleginnen und Kollegen der Spätschicht im Mercedes-Werk Mettingen die Arbeit niedergelegt, die Nachtschicht nahm die Arbeit gar nicht erst auf und protestierte damit ebenfalls gegen die erpresserische Verhandlungsführung der Firma.

Am Freitag 8.3. hat die Frühschicht der Leichtmetallgießerei sich ihren Kollegen der Nachtschicht angeschlossen, alle anderen Abteilungen folgten. Ab 10 Uhr waren rund 2000 ArbeiterInnen im Streik. Auch die Spätschicht ging wieder nach Hause, ohne die Arbeit erst aufgenommen zu haben. Auch auf Teile des Untertürkheimer Werks war der Funke in der Spätschicht übergesprungen: Schmiede und Gesenkbau standen für die komplette Spätschicht, Teile der Motorenproduktion ab ca. 18 Uhr.

Im Mercedes-Werk Sindelfingen mußten schon am Freitag Autos wegen fehlender Achsen aus Mettingen vom Band genommen werden, verschiedene Bänder standen auch am folgenden Montag. Über 1000 Fahrzeuge konnten nicht fertig gebaut werden.

Welchen Hintergrund und welche aktuellen Anlässe haben diese breite Streik- und Protestwelle entstehen lassen in diesen mit Widerstand nicht gerade gesegneten Zeiten?

Bereits im Oktober 1995 legte die Leitung des Mercedes-Benz Werks Untertürkheim dem Betriebsrat einen Forderungskatalog vor. Sollte der Betriebsrat nicht schnell bereit sein, diesen zu akzeptieren, wurde eine Fremdvergabe von Produktionsumfängen im ganzen Werk angedroht. Als Folge wurden rund 2000 Arbeitsplätze in den Werksteilen Untertürkheim, Hedelfingen und Mettingen abgebaut.

Die Firma verlangte vom Betriebsrat die Zustimmung zur Anrechnung, sprich Kürzung, der tarifvertraglichen Erholzeiten („Steinkühler-Pausen“), was nach ihren Planungen einer faktischen Streckung gleichkäme. Darüber hinaus sollte die Arbeitszeitverkürzung vom Oktober '95 durch verschiedene Maßnahmen neutralisiert, d.h. beschäftigungsunwirksam umgesetzt werden. Dreischichtbetrieb als künftiger Planungsgrundlage aller neuen Fertigungen sollte zugestimmt und auch die AZG-Pause, die letzte verbliebene „gemeinsame“ Pause der Produktionsarbeiter, sollte generell zum Durchfahren freigegeben werden.

Im Gegenzug bot die Werkleitung bei Zustimmung zu ihren Forderungen ei-

nen Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen bis zum Jahr 2000 an. Dieser Kündigungsschutz sollte allerdings nur gelten, wenn alle Planungsprämissen des Unternehmens Realität würden – inklusive des „geplanten“ Verkaufs von einer Million PKW/Jahr bis 1999.

Über den „Horror Katalog“ der Werkleitung und die notwendigen Schritte der Gegenwehr war in Betriebsrat und IG Metall von Anfang an kontrovers diskutiert worden. Unterschiedlich beurteilt wurden bereits die Möglichkeiten, die Belegschaft gegen das Verschlechterungsprogramm der Werkleitung zu mobilisieren. Ebenso die Frage, inwieweit das Risiko der angedrohten Fremdvergaben mit folgendem Arbeitsplatzabbau bei einer konfrontativen Auseinandersetzung vom Betriebsrat überhaupt verantwortet werden könne. Unterschiedlich war schließlich auch die Einschätzung, ob im Konfliktfall das Medienecho der real existierenden „veröffentlichten Meinung“ völlig gegen Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall gerichtet sein würde. Eine Mehrheit für einen mobilisierenden Kurs gab es nicht.

Regelmäßige Information der Belegschaft über Forderungskatalog und Gang der Verhandlungen beschränkte sich werkweit auf Artikel in der IG-Metall-Betriebszeitung.

Im Mettinger Werksteil (Achsenproduktion und Gießereien) wurde kontinuierlich in Vertrauensleutesprechungen und informellen „Abteilungsversammlungen“ informiert und die Diskussion entwickelt. Die Betriebsversammlung im Werksteil Mettingen im Dezember war mit Rekordbeteiligung auch an Diskussionsrednern ein erster Höhepunkt, wo die Stimmung der Belegschaft und der Ruf nach Gegenwehr deutlich wurde. „Die Antwort französisch geben!“ war Thema in jedem Gespräch an der Werkbank.

Im Januar veränderte sich Inhalt und Gang der Auseinandersetzungen, als die Werkleitung ankündigte, das Center „Gießereien und Schmiede“ aus den bisherigen Verhandlungen herauszunehmen und dafür einen gesonderten Forderungskatalog vorlegte. Für Gießerei und Schmiede wurde nun gefordert: Ausweitung der Betriebsnutzungszeit auf 144 Stunden pro Woche, d.h. 3 Produktionschichten als Regelarbeitszeit am Wochenende. Streichung der tariflichen bezahlten Dreischicht-Pause mit der Konsequenz einer Halbierung der gesamten Arbeitszeitverkürzung (= Personalreserve). Die übrigen Forde-

rungen waren ähnlich denen für das übrige Werk. Hintergrund dieser Sonderbehandlung des Centers „Gießereien und Schmiede“ ist die Entscheidung des MB-Vorstands, daß Gießereien und Schmiede nicht zur „Kernfertigung“ gehören sollen und somit potentielle Kandidaten für eine Fremdvergabe sind. Die jüngsten Festlegungen des Vorstands, daß jeder einzelne Produktionsbereich Zukunftsinvestitionen nur noch dann erhalten soll, wenn dort eine entsprechende Kapitalverzinsung (12%) garantiert wird, verschärfen den Druck: für die mittelfristige Sicherung der Arbeitsplätze in Gießereien und Schmiede stehen (zusätzlich zu o.g. Umfang für das Gesamtwerk) zur Zeit verschiedene Produkt- und Investitionsentscheidungen an.

Seit Jahresanfang versuchte die Werkleitung, in der Belegschaft – insbesondere der Gießereien – Druck auf den Betriebsrat zu organisieren. Mit der Erwartung, daß die Angst um den Arbeitsplatz den richtigen Nährboden für eine solche Verzichtskampagne abgibt, wurden Unterschriftenlisten lanciert und Meister und Teamleiter heiß gemacht.

Der Erfolg blieb begrenzt, und die Einschätzung, daß die Belegschaft gegen Betriebsräte und IG Metall ins Feld zu führen wären, erwies sich als falsch:

Am 13.2. fand die erste einstündige Protestaktion der Mettinger Belegschaft gegen die Erpressungspolitik der Firma statt, die zweite Protestaktion mit noch höherer Beteiligung folgte am 4.3. Die Drohung der Werkleitung, daß die Ausgliederung der Gießereien und der Schmiede aus der Mercedes-Benz AG geplant sei, wenn der Betriebsrat nicht unverzüglich die gestellten Forderungen erfüllen würde, führte zu erheblicher Empörung und brachte selbst die „Schlachtordnung“ der Werkleitung in Unordnung. Die produktionsnahen Vorgesetzten standen als Werkzeug der Firma nicht mehr wie bisher zur Verfügung. Am 7.3. wurde der Besuch von Vorstandsmitglied Remmel zum nächsten Aktionstag, für eine Stunde wurde eine zentrale Kreuzung im Werk blockiert.

Nachdem die Verhandlungen am Abend des 7.3. wieder ergebnislos und ohne neuen Termin vertagt wurden, weil die Werkleitung nach wie vor auf ihrer maximalistischen Position beharrte, wurden die KollegInnen der Spätschicht informiert und die Streiks fingen an – siehe oben. Erst die Frühschicht am Montag nahm die Arbeit

wieder auf, allerdings mit der breit erklärten Absicht, jederzeit wieder „raus zu gehen, wenn nötig. Noch am Freitag nachmittag wurden von der Werkleitung neue Verhandlungen angeboten, die noch nicht abgeschlossen sind. (Stand: Mo., 11.3.)

Eine abschließende Bewertung der Auseinandersetzung ist im Moment noch nicht möglich. Eines läßt sich jedoch sicher sagen: die Protestaktionen und Streiks gegen Erpressungspolitik, Durchlöcherung des Tarifvertrags und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen setzen in schwierigen Zeiten ein Zeichen gegen Resignation und Ohnmachtsgefühle in den Belegschaften.

– (dai, KB Stuttgart)

Betriebsvereinbarung vom 13. März, dokumentiert aus „Stuttgarter Nachrichten“

Im einzelnen sieht die Betriebsvereinbarung vor, daß künftig in Untertürkheim in drei Schichten gearbeitet werden kann. Zudem wurde eine weitere Schicht am Wochenende für die Gießerei vereinbart, die Sonntag abend um 22 Uhr beginnt. Davon seien, wie Betriebsratschef Lense betont, rund 300 Beschäftigte betroffen. Für die Nachtschichten werden laut Mercedes-Sprecher Norbert Burchard die tarifvertraglich festgeschriebenen Zuschläge bezahlt. Nicht durchgesetzt hat sich das Unternehmen jedoch mit der Forderung, den Samstag zum Regelarbeitstag zu machen. Der Autohersteller geht laut Burchard jedoch davon aus, daß durch die Möglichkeit, in drei Schichten zu arbeiten, der Samstag nicht mehr benötigt werde.

Abstriche haben die Arbeitnehmervertreter auch bei der Steinkühler-Pause, die es nur in Nordwürttemberg/Nordbaden gibt, hinnehmen müssen. Die nach dem früheren IG-Metall-Chef benannte fünfminütige Erholungspause pro Stunde bleibt laut Mercedes-Benz nur in den Bereichen bestehen, in denen körperlich gearbeitet werde. Das treffe etwa auf die Montage zu. Zudem liegt jetzt der Ausgleichszeitraum für unregelmäßig verteilte Arbeit bei 24 Monaten statt wie bisher bei zwölf Monaten.

Im Gegenzug verpflichtet sich Mercedes-Benz, bis zum 31. Dezember 2000 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, „soweit sich die heutigen Absatzplanungen realisieren lassen“. Für den gleichen Zeitraum sichert das Unternehmen zu, die Auszubildenden „im Grundsatz“ zu übernehmen und die Zahl der Lehrstellen um 20 zu erhöhen. Zudem werden in diesem Jahr im Werk Untertürkheim 100 Arbeitsplätze neu geschaffen. Betriebsrats-

Soweit sich die Betriebsvereinbarung nach dieser Pressemitteilung bereits beurteilen läßt, mußte die Mercedes-Unternehmensleitung beim Samstag als Regelarbeitszeit zurückstocken. Jedoch zu titeln: „Bündnis für Arbeit sichert bei Mercedes 17500 Stellen“ scheint pure Propaganda.

Medienkonzentration und -verflechtung von Christian Christians

1995 lief im Medienbereich eine Übernahmewelle ab, die immer noch anhält. Der Schwerpunkt liegt in den USA, wo 1995 für den Kauf von Medienunternehmen in den Vereinigten Staaten rund 40 Mia. US-Dollar aufgebracht wurden (Zeit Nr. 37/95, S. 21). Bei dem aktuellen Konzentrationsschub handelt es sich um eine Fortsetzung einer Welle von Großübernahmen, die Ende der achtziger Jahre abließ.

Die wichtigsten Fusionen und Übernahmen waren:

- Fusion zwischen Time und Warner zum größten Medienkonzern der Welt.
- Durch Übernahme von Paramount und Blockbuster wurde Viacom zur Nr. 3 in der Welt.
- Sony übernahm CBS Records und Columbia Pictures.
- Der japanische Unterhaltungselektronikkonzern Matsushita kaufte MCA Universal.

Die neuere Konzentrationswelle erfasst zum Teil wieder die gleichen Unternehmen (s. Kasten Nr. 1).

Beide Übernahmewellen betreffen fast ausschließlich die „elektronischen Medien“. Hiermit sind hauptsächlich Fernseh-, Film- und Musik gemeint. Als Zielrichtung für die Übernahme wird fast immer Multimedia genannt. Bei Multimedia handelt es um die Fusion verschiedener Informations- und Kommunikationswege wie z.B. Fernsehen, Telefon und Computer zu einem System. Diese neuen Technologien gelten als einer der größten Märkte der Zukunft.

Doch liegen die tatsächlichen Gründe für die Übernahmen wohl jenseits von Multimedia. So kamen durch die Fusionen vertikale Medienkonzerne zustande. Auf den Hauptmärkten für Fernseh-, Film- und Musik existieren inzwischen Oligopole aus nur noch wenigen globalen Unternehmen. Hierbei handelt es sich fast immer um die gleichen Unternehmen (s. Kasten Nr. 2).

Aktuelle Tendenzen und Hintergründe

Gründe der Konzentrationswelle

Die Übernahmen zielen fast alle darauf ab vertikale Medienkonzerne zu schaffen. Vertikal, wie Erdölkonzerne, die von der Quelle bis zur Tankstelle alle Stufen der Verwertung kontrollieren. So kontrollieren diese Konzerne Film-, Fernseh- und Musikmaterial von der Produktion bis zur Ausstrahlung. Dies hat verschiedene Gründe.

So sollen Filme schneller verwertet werden. Die Produktionskosten von Filmen sollen rascher wieder eingenommen werden, indem die Filme in kürzeren Zeitabständen zur Produktion weltweit in den großen Kinos, in den Fernsehsender (vorzugsweise Pay-TV) und Videotheken kommen.

Fernsehsender haben Nachschubprobleme, da es immer mehr Sender gibt aber das Programmangebot nicht im gleichen Umfang zunimmt. Anstelle von neuen Filmen und Serien werden permanent Wiederholungen ausgestrahlt. Gleichzeitig werden Programme immer teurer, sodaß sie, um sich zu rentieren, wiederholt werden müssen. Um die Hauptsender nicht durch die Wiederholung unattraktiv zu machen, wurden Zweitsender gegründet (z.B. Kabel, RTL 2) um Film- und Fernsehrechte zu verwerten.

Technische Neuerungen haben schon bisher zu einer ständigen Erhöhung der Fernsehsender geführt. Inzwischen gibt es schon mehr Sender als in die Kabelnetze eingespeist werden können. Doch neuen Sender befinden sich noch in Gründung. Die nächsten technischen Innovationen sollen den Empfang von hundert von Programmen ermöglichen. Dies soll zukünftig von Programmfamilien beherrscht werden, z.B. RTL (Vollprogramm), RTL 2 (Jugend), SuperRTL (Kinder). Weitere Programme könnten sich an alte Menschen oder Sportinteressierte richten.

Bei Erfolg einer Idee kann diese von vertikal (von Produktion bis zur Ausstrahlung) und horizontal (Film, Musik, Buch) aufgebauten Medienkonzernen komplett ausgewertet werden. Besonders ein Riese wie Time-Warner kann auf allen Stufen eine Idee auswerten (s. Kasten Nr. 3).

Bei Konzernen, die Unterhaltungselektronik produzieren, wie z.B. Sony oder Philips, gibt es ein besonderes Interesse. Da sie über die Beteiligung an elektronischen Medien dafür sorgen wollen, daß von ihnen entwickelte technische Neuerungen sich am Markt durchsetzen.

Laut Michael Dornemann, Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG für Entertainment, spielt auch Prestige eine große Rolle. So führte er aus: „Die großen Medienkonzerne veranstalten eine Art Wettrennen, wer das größte Unternehmen hat“ (Spiegel Nr. 36/95, S. 103).

Durch die Übernahmen sind sämtliche Konzerne hoch verschuldet, besonders der Time-Warner Konzern hat Schulden im Umfang von 15 Mrd. \$. Dadurch sind diese Unternehmen nicht mehr in der Lage die großen Investitionen, die der Multimediemarkt erfordert, zu tätigen. Auf diesem Markt konkurrieren Medienunternehmen mit Telekomkonzernen. Diese Unternehmen sind nicht nur wesentlich größer, sondern auch erheblich finanzkräftiger. Konzerne wie Time-Warner oder News Corp. haben Kooperationen mit Telekomunternehmen vereinbart, wobei jeweils die Telefongesellschaften die starken Partner sind. Schon bei der Gründung des Privatfernsehens in der BRD kam es zu stärkeren Investitionen von Banken und Industrie, bei der Einführung von „Neuen Medien“ wie populären Onlinediensten sind Industrie-konzerne schon stark engagiert.

US-Medienkonzerne haben nach der letzten großen Übernahmewelle zum

Teil Kapitalprobleme. Time-Warner z.B. zum Teil sehr nahe der Zahlungsunfähigkeit. Ein Zusammenbruch eines Medienkonzerns ist ebenso möglich wie eine noch stärkere Abhängigkeit von Industrieunternehmen. Bei Time-Warner gehören heute schon zum Aktionärskreis mit 14 % der Getränkekonzern Seagram, der gleichzeitig Inhaber des Filmstudios MCA/Universal ist und mit über 10 % der Kabelfernsehbetreiber Tele-Communication Inc. Der Tele-Communication-Konzern hielt bei der von Time-Warner übernommenen Turner Broadcasting eine Sperrminorität, die der Konzern in Time-Warner Aktien tauschte und zusätzlich Sonderkonditionen für Fernsehprogramme erhielt, die sie in ihr Kabelnetz einspeist. Weitere Aktionäre aus der Industrie sind die japanischen Elektrokonzerne Toshiba und Itochu.

Blick nach Europa

Der französische Werbe- und Medienriesen Havas erwarb 1995 die entsprechenden Aktivitäten des Alcatel-Alsthom Konzerns und wurde dadurch zum fünfgrößten Medienkonzern der Welt. Alcatel-Alsthom, selbst der größte Produzent von Telekommunikationstechnik der Welt, wird bei dem Geschäft mit Havas mit 21 % dessen größter Aktionär.

Havas ist zugleich, nach der Bank Bruxelles Lambert, größter Aktionär bei der Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT). Die CLT-Gruppe ist an zwei Duzend Fernseh- und Radiosender in ganz Europa beteiligt. In der BRD gehören RTL, RTL 2 und SuperRTL dazu. Havas, Canal+ und Bertelsmann haben die Zusammenarbeit bei ihren Fernsehaktivitäten vereinbart. Gemeinsam verhandeln sie über die komplette Übernahme der CLT.

Canal+ betreibt in Frankreich mit vier Millionen Abonnenten den weltweit größten Pay-TV-Sender (privates Gebührenfernsehen). In der BRD ist der Sender an Premiere beteiligt, zusammen-

OLIGOPOLE AUF DEN HAUPTMÄRKTEN IM BEREICH FERNSEHEN, FILM UND MUSIK

Im Bereich Musik existieren nur noch fünf globale Musikverlage die alle zu größeren Konzernen gehören:

Zwei zu Medienkonzernen: • BMG (Bertelsmann Music Group), Tochter von Bertelsmann • WEA ein Unternehmen von Time-Warner

Zwei zu Konzernen für Unterhaltungselektronik: • Polygram, Tochter von Philips, • Sony Music, Tochter von Sony

sowie ein weiteres Unternehmen: • EMI, Tochter des britischen Konglomerates Thorn EMI. Um EMI ranken sich zahlreiche Übernahmegerüchte durch Unternehmen wie Viacom oder Disney.

Eine handvoll größere Unternehmen mit nur regionaler Bedeutung, wie z.B. MCA Music von Seagram, sowie eine Reihe von „unabhängigen“, zumeist stark spezialisierten Labels spielen auf dem Gesamtmarkt nur eine untergeordnete Rolle.

Im Bereich Filmproduktion existieren sieben Unternehmen mit eigenen Studios und weltweite Vermarktungsorganisationen, die größere Produktionen durchführen können. Große Kinofilme erfordern heute zwischen 50-100 Mio. \$ und bieten ein großes finanzielles Risiko. Es handelt sich bei den sieben Unternehmen um US-Konzerne. Die Marktanteile von US-Unternehmen auf dem deutschen Filmmarkt beträgt über 70 %. Filme deutscher Produzenten haben einen Marktanteil von etwa 8 % (Handelsblatt, 21.2.96).

Sechs der sieben Unternehmen gehören größeren Konzernen, ein Unternehmen steht noch zum Verkauf:

Vier Unternehmen gehören zu Medienkonzernen: • Disney, Tochter der Walt Disney Corp., • Paramount Pictures, Tochter von Viacom, • Warner Bro-

thers, Tochter von Time-Warner, • 20th Century Fox, Tochter der News Corp. (R. Murdoch).

Ein Unternehmen gehört einem Konzern für Unterhaltungselektronik: • Columbia TriStar, Tochter von Sony.

Sowie zwei Unternehmen gehören sonstigen Eigentümern: • MCA Universal,

Die wichtigsten aktuellen Übernahmen und Kooperationen in der US-Medienlandschaft

• Der größte Medienkonzern der Welt Time-Warner übernimmt die Turner Broadcasting System (CNN) für rd. 7,5 Mrd. \$.

• Der Film- und Freizeit-Konzern Walt Disney Co. kauft für rd. 20 Mrd. \$ die Fernsehgruppe Capital Cities/ABC.

• Westinghouse Electric Corp., ein Konglomerat von Haushaltsgeräten- und Büromöbelproduzenten, Finanzdienstleistern sowie eine Kette von Fernsehsendern erwarb für etwa 5,4 Mrd. \$ den Fernsehsender CBS. Für die Übernahme wurden in den USA noch extra die entsprechenden Mediengesetze, die eine allzu große Konzentration bei Fernsehstationen verhindern sollten, angepaßt (Handelsblatt, 24.11.95).

• Der kanadische Getränkekonzern

Seagram erwarb das Filmstudio MCA/Universal von Matsushita für ca. 7 Mrd. \$.

• Der US-amerikanische Telefongigant MCI Communications kauft für rd. zwei Mrd. \$ 13,5 % der Aktien der News Corp. (R. Murdoch). Beide Firmen brachten ihre „Multimedia“-Aktivitäten in ein Joint-Venture ein.

• Der Fernsehsender NBC, der zum Elektro-, Anlagenbau und Finanzdienstleistungskonzern General Electric gehört und der Software-Riese Microsoft vereinbarten die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Kabelfernsehtätigkeiten. Gleichzeitig erwarb NBC die US-Fernsehrechte an den Olympischen Sommerspielen in den Jahren 2004 und 2008 für 2,3 Mrd. \$, von den Spielen 1996 und 2000 liegen die Rechte schon bei NBC.

gehörte früher Matsushita und jetzt Seagram • MGM, steht nach dem Konkurs des Großaktionärs noch zum Verkauf, interessiert sind vor allem Bertelsmann, Canal+ und Philips.

Weiterhin gibt es eine Anzahl von mittelgroßen Unternehmen wie z.B. Philips, Bertelsmann oder die Kirch-Gruppe.

In den USA gibt es vier landesweite Fernsehvollprogramme, die sämtlich zu größeren Konzernen gehören: • ABC gehört zur Disney Corp., • CBS gehört zu Westinghouse, • FOX gehört zur News Corp. (R. Murdoch), • NBC gehört zu General Electric.

Weiterhin gibt es neben verschiedenen regional bedeutenden Fernsehunternehmen, wie z.B. Kirch-Gruppe, Bertelsmann, CLT oder Berlusconi, nur vier global operierende Fernsehkonzerne, mit Sendern und Beteiligungen rund um den Globus: • Disney Corp., u.a. SuperRTL • News Corp. (R. Murdoch), u.a. VOX • Time-Warner, u.a. CNN, ntv, VIVA, VIVA 2 • Viacom, u.a. MTV, VH-1, Nickelodeon

Weiterhin gibt es zwei global operierende Videothekenketten: • Blockbuster Entertainment Corp., ein Tochterunternehmen von Viacom mit rd. 4000 Filialen, an deren deutscher Tochter Burda mit 49 % beteiligt ist. • Sun Club/Club 2000 mit Schwerpunkt im Benelux-Raum und den USA gehört zu Philips.

Beispiel für eine Verwertungskette: Time-Warner (TW) und der Film „Batmann Forever“:

Vorlage: Comicserie aus dem DC Verlag, TW-Beteiligung, • **Produktion:** Warner Brothers, TW-Tochter, • **Weltvertrieb:** Warner Brothers, • **Kinostart:** Warner Kinokette, • **Filmmusik:** (mit mehreren Stars) produziert von WEA, TW-Tochter, • **Musikclips:** wurden zum Filmstart in den Kinos von Musiksendern ständig ausgestrahlt, darunter VIVA, TW-Beteiligung, • **Bücher:** das „Buch zum Film“ erscheint in den USA bei Time-Warner Buchverlagen, • **Merchandising** (Batmann-Teddys, -Bettwäsche etc), Vermarktung über Warner Gesellschaften • **möglich:** Batmann-Spielzeug von Mattel (TW-Beteiligung) oder Videospiele von Atari (TW-Beteiligung), • **Produkteverkauf:** durch Warner Läden (in Großstädten wie z.B. Berlin) und Versandhäusern die über Fernsehwerbung ihre Produkte anbieten, • **Erstausstrahlung:** die erstmalige Ausstrahlung des Filmes kann über TW-Fernsehsender erfolgen, • **Freizeitparks:** in den Parks des TW-Konzerns können Szenen aus dem Film bei großem Erfolg nachgebildet werden.

Fortsetzung von S. 13 **Medienkonzentration und -verflechtung**

men mit Bertelsmann (je 37,5 %) und der Kirch-Gruppe (25 %). Der Havas-Konzern, ist mit Canal+ eng verflochten. So hält Havas ein Fünftel der Aktien von Canal+. Havas betreibt mit Bertelsmann den riesigen französischen Buchclub und einen Lexikonverlag in Frankreich, beide mit Niederlassungen in diversen Ländern.

Ebenfalls 1995 stieg Leo Kirch mit rund 700 Mio. DM bei dem Medienimperium von Silvio Berlusconi ein. Damit wird die Zusammenarbeit der beiden Magnaten weiter vertieft. Gemeinsam werden schon Fernsehsender in der BRD (DSF), Spanien und Italien sowie diversen Produktionsgesellschaften betrieben.

Online-Dienste in der BRD

Bisher existieren zahlreiche Anbieter von Online-Datenbanken, die in gewaltigen Umfang Informationen enthalten. Als neue Anbieter erscheinen Online-Dienste, die sich an Privatpersonen richten. Hauptkonkurrenten sind AOL, Europa-Online und T-Online.

AOL America Bertelsmann Online ist ein Gemeinschaftsunternehmen von dem größten US-amerikanischen Online-Anbieter America Online und Bertelsmann. T-Online, das frühere BTX, wird als einfacherer Zweitdienst zusammen mit der Deutschen Telekom betrieben. Bertelsmann ist einer der we-

nigen Medienkonzerne weltweit, die eigenständig im größeren Umfang in dieses neue Mediengeschäft einsteigen.

Europa-Online wird, wie auch AOL, europaweit in verschiedenen Sprachen gestartet. Der deutsche Ableger von EO wird von dem Zeitschriften und Zeitungsverleger Burda beherrscht. Bei der europäischen Betriebsgesellschaft mit Sitz in Luxemburg ist neben Burda auch der zweitgrößte französische Medienkonzern Hachette beteiligt. Die Hachette-Gruppe, die mit Burda schon bei der Zeitschrift „ELLE“ zusammenarbeitet, gehört zum Technologie-, Rüstungs- und Medien-Konzern Matra-Hachette, an der Daimler-Benz mit rd. 5 % beteiligt ist.

An Europa-Online sind mehrheitlich Industrie-Konzerne wie der US-Telekommunikationskonzern AT&T beteiligt. Der VEBA-Konzern verhandelt noch über einen möglichen Einstieg. Gesellschafter der Betreibergesellschaft ist auch der ehemalige Bundespostminister Schwarz-Schilling, der Europa-Online nicht nur als Aufsichtsratsvorsitzender dient, sondern auch als Lobbyist tätig ist. EO wird zuerst aber nicht als unabhängiger Online-Dienst am Markt agieren, sondern ist über Internet zu erreichen.

Quellen: Aktuelle Tagespresse, besonders: Handelsblatt, Zeit, Wirtschafts Woche Spiegel und Capital; Schröder, Nicolaus: „Rororo-Special: Filmindustrie“; Rowohl, Reinbek; 1995

Die Moderne und der Holocaust

Besprechung einer Studie des Soziologen Zygmunt Bauman

Für eine Erklärung des Antisemitismus sei es unnötig, sich mit dem Judentum zu beschäftigen. Der Antisemitismus sei eine Denkstruktur, die sich beim Antisemiten findet und habe keinen Zusammenhang mit dem Judentum. Diese Thesen von STS in den Politischen Berichten 4/96 werden zum Teil durch die hier referierte Studie des Soziologen Zygmunt Bauman (1) bestätigt. Ersucht die geistigen Grundlagen für die Vernichtung der Juden in Europa durch die Faschisten in der Kultur des modernen instrumentellen Rationalismus. Diese Kultur habe ein Bild „des Juden“ geerbt, das so gut wie nichts mit der Alltagserfahrung aus dem konkreten gesellschaftlichen Umgang mit den Juden zu tun hatte. (53)

Bürokratischer Massenmord

Wodurch unterscheidet sich der Holocaust von anderen Massenmorden in der Geschichte, fragt Bauman? „Aus der Beamtenschaft gewann das hierarchische System das Organisationstalent und die bürokratische Gründlichkeit. Vom Militär übernahm die Vernichtungsmaschinerie Präzision, Disziplin und die Affektlosigkeit. Der Einfluß der Industrie machte sich in der Betonung von genauer Buchführung, Wirtschaftlichkeit und optimaler Verwertung sowie in der industriellen Effizienz der Todeslager bemerkbar. Die Partei schließlich durchdränkte den gesamten Apparat mit Idealismus, Sendungsbeußtsein und einem Gefühl historischer Bedeutung. (...) Obwohl es um einen Massenmord ungeheuren Ausmaßes ging, kümmerte sich der riesige Beamtenapparat um die korrekten bürokratischen Verfahren, feilte an präzisen Begriffsbestimmungen und regulativen Details und sorgte sich um die Einhaltung bestehender Gesetze und Verord-

nungen.“ (26 f.)

In formaler Hinsicht ähnelten die Maßnahmen des „Wirtschaftsverwaltungshauptamtes“ - so die für die Vernichtung der europäischen Juden zuständige Abteilung der SS-Führung, jeder „normalen“, geplanten und durchorganisierten Maßnahme in Verwaltung oder Wirtschaft: „Genauigkeit, Schnelligkeit, Eindeutigkeit, Kenntnis der Akten, Kontinuität, Diskretion, Einmütigkeit, strenger Gehorsam, reduzierte Reibungsverluste sowie Material- und Personalkosten - all das erreichte in einer streng bürokratischen Verwaltung einen Kulminationspunkt... Die Bürokratisierung bietet zuallererst die Möglichkeit der Spezialisierung von Verwaltungsfunktionen auf der Basis völlig objektiver Kriterien... Objektive Amtsausübung richtet sich nach berechenbaren Regeln und wird ohne Ansehen der Person vollzogen“, zitiert er Max Weber. (19) Daß unter diesem Gesichtspunkt auch andere Fälle von neuzeitlichem Massenmord wie die Zerstörung von Hiroshima oder Nagasaki durch einen Bombenangriff der USA „vergleichbar“ werden, obwohl ihr Ziel nicht die Vernichtung des japanischen Volkes waren, wird von Bauman durchaus ins Kalte gezogen: „Der Tod von zweihunderttausend Japanern ergab sich als effektives Mittel zu Verwirklichung eines vorgegebenen Ziels (die militärische Überlegenheit der USA zu demonstrieren, gst) und war damit das Ergebnis eines rationalen Problemlösungsverhaltens.“ (223)

Der Verlauf der physischen Vernichtung der europäischen Juden bestätigt diese These: Die politische Führung des Faschismus habe zunächst als Ziel ein „judenfreies deutsches Reich“ vorgegeben, jedoch nicht festgelegt, wie dieses Ziel zu verwirklichen sei. „Der Befehl lautete, das Ziel zu verwirklichen, das

Medienkonzerne, emanzipatorische Medienpolitik

Ein kleiner Seminarbericht

Am 24. Februar führte die niedersächsische AG BWK ein Seminar zu den Problemen Medienkonzerne, Öffentliche Meinung und linke Medienpolitik durch. Es referierten Christian Christians, dessen Beitrag über die Medienkonzentration hier auch dokumentiert ist, und Martin Fochler zu den Problemen linker Politik und öffentlicher Meinung. Anlaß zu dieser Themenwahl waren einerseits die Schwierigkeiten linker Kleinstpresse - die Lokalberichte Hannover hatten ihr Erscheinen einstellen müssen - und andererseits die von den Medienanstalten als unverhohlenen politischen Instrument trolle-feuerartig inszenierten und nahezu gleichgeschalteten Kampagnen, beispielsweise gegen die kurdische Bevölkerung, und der erdrückende Anschein von Ohnmacht gegen diese Art Schaffung von Öffentlichkeit.

Die Konzentrationstendenzen bei und mit den Medienkonzernen ließ die Frage aufkommen, wie im internen Gang der Bearbeitung und Präsentation von Nachrichten in Wort und Bild eine auf das Produkt bezogene Demokratisierung zu erreichen sei oder welche Mitbestimmungs- und Beteiligungsformen

für die Journalisten gegeben seien. Beim Spiegel existiere z.B. ein Redaktionsstatut mit Regelungen dafür, beim Focus gäbe es bereits nichts dergleichen mehr. Ebenfalls drängte sich die Frage auf, ob derartige Konzentrationsbewegungen entgegengetreten werden könne und wie?

Im zweiten Teil des Seminars ging es um die Frage der Alternativen, der Chancen medialer Verständigung für emanzipatorische Politik. Umstritten war die These, ob gegenwärtig so etwas wie eine „zweite Alphabetisierung“ einsetze. Habe die erste für breite Massen im wesentlichen bis zum Lesen geführt, so gehe jetzt, vermittelt durch eine Umorganisation des Arbeitsprozesses, durch einen aufgrund der zunehmenden Zerlegung des Arbeitsflusses erforderlichen schriftlichen Vermittlungsprozeß, eine breite Einübung des Schreibens und damit der Möglichkeit des aktiven Eingreifens in den Gang der Meinungsbildung vor sich. Von der technischen Seite her wird der Kopierer, das Textprogramm des PCs etc. immer verbreiteter. Sollte dies zutreffen, würde die mediale Verständigung zur Kulturtechnik der arbeitenden Klassen und als selbstbestimmte Äußerung möglich. Die Monopolisierbarkeit der Medienhandhabung als Herrschaftsvoraussetzung wäre angeknackst. Und dies wäre

gegeben auch eingedenk der ungeheuren quantitativen Unterschiede zwischen den autoritären und den emanzipatorischen Medien. Als Problem der emanzipatorischen Medien stelle sich a) daß sie keine Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie die autoritären in Form des Verkündigungsmittels nur kopieren, b) die mangelnde Verbreitung von Kulturtechniken für diskursive Medien und c) die Schwierigkeiten der Finanzierung. Rückschläge passieren so, die Ausbildung linker Medien geschieht quälend langsam. Allerdings, die Entwicklung der modernen Gesellschaft, Stichwort Ausprägung von sozialen Milieus, läßt Versuche stellvertretend für diese Milieus zu sprechen, als bevorzugend erscheinen und trifft zunehmend weniger auf Akzeptanz. Die Berichterstattung über die kurdische Bevölkerung zum Beispiel, selbst in Form solidarischer Berichterstattung, kann die direkte Meinungsäußerung kurdischer Menschen und Organisationen nicht ersetzen. Falls, und vieles spricht dafür, dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach authentischer Kommunikation real existiert, gäbe es also trotz aller Widrigkeiten und Rückschläge eine Aussicht für emanzipatorische Medien, für eine linke Medienpolitik.

(gka)

TERMIN E

23. März: Tagung der Kommunistischen Plattform der PDS in der Nydall-Schule, Berlin-Kreuzberg, u.a. über die Ergebnisse des Magdeburger Bundesparteitags.
24.3.: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Ba-Wü, Rheinland-Pfalz.
29.3.: In Turin beginnen die „Maastricht-Revisionsverhandlungen“
30./31.3.: Frühjahr-Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KP im Raum Heidelberg. Thema: Wie weiter mit dem Wiederaufbau der KPD? Anmeldungen werden erbeten an die KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Kostenbeitrag: 50 DM.
5. bis 8. April: OSTERMÄRSCH: (ausführlich Ausgabe 5/96)
3.-5.5. Berlin: Tagung „Frieden denken - Frieden leben“ zum 25. Bestehen der Zeitschrift „Antimilitarismus Informationen (ami)“, Kontakt: ami, Elssholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel./Fax: 030/2151035
5.5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“
8.-15.5. bundesweit: Aktionstage „Bundesrepublik ohne Arme“, Kontakt: DFG/VK Bayern, Alte Allee 48, 81245 München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518
16.-19.5. Heidelberg: 20. Bundeskongreß Entwicklungspolitische Aktionsgruppen, Kontakt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907620
1./2. Juni Braunschweig: Bundeskongreß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)
Juni: a.o. DGB-Jugendkongreß, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.
1.6.: 4. Linkes Medienspektakel in Suhl

Wie richtete sich nach den Umständen, nach der *fachmännischen* Beurteilung von Durchführbarkeit, nach Kostengesichtspunkten sowie alternativen Lösungsmodellen. So entschied man sich zunächst für die Emigration als praktische Umsetzung der Wünsche des Führers.“ (30) Das ständige Wachstum der okkupierten Gebiete veränderte das Ziel zum „judenfreien Europa“, ein Jahr beschäftigte sich Eichmann mit dem „Madagaskar-Projekt“, der Abschiebung der jüdischen Bevölkerung in die damals französische Kolonie. Noch im Juli 1941, beim Überfall auf die Sowjetunion, gab es Pläne, alle europäischen Juden in die russischen Weiten jenseits der Linie Archangelsk-Astrachan zu deportieren. Als die schnelle Niederschlagung Rußlands scheiterte, ordnete Himmler am 1. Oktober 1941 die Beendigung der Emigrationsmaßnahmen an. „Die Massenvernichtung wurde als einzig praktikables und effizientes Mittel für die ursprüngliche, inzwischen aber erweiterte Zielsetzung erkoren. Alles andere war nur noch eine Frage der Kooperation der beteiligten bürokratischen Abteilungen; eine Frage minutiöser Planung, der Entwicklung geeigneter Technologien und Geräte, der finanziellen Etats und Bereitstellung notwendiger Ressourcen - das heißt also, eine bürokratische Routineangelegenheit.“ (30)

Bauman will damit nicht den Holocaust allein aus der modernen Bürokratie oder der in ihr verkörperten Kultur des instrumentellen Rationalismus ableiten. Dennoch, so lautet seine These, „sind die Grundsätze eines instrumentellen Rationalismus eindeutig ungeeignet, derartige Phänomene zu verhindern; auf der Ebene dieser Grundsätze lassen sich die Methoden des Holocaust nicht von *sauberem Social Engineering* trennen, weil nämlich deren irrationaler Charakter unerkannt bleibt.“ (31) Der Geist des instrumentellen Rationalismus habe Lösungsmöglichkeiten in der Art des Holocaust nicht nur ermöglicht, sondern „rational“ begründbar gemacht und damit auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß man sich für sie entschied. „Unterstützt wurde diese Tendenz nicht zuletzt durch die Fähigkeit

Hetzplakat aus den 20er Jahren



moderner bürokratischer Systeme, das Handeln vieler, an sich ethisch eingestellter Individuen derart zu koordinieren, daß am Ende jedes noch so unethische Ziel zu verwirklichen ist.“ (32)

Es kann keine Rede davon sein, daß die Greuelthaten von geborenen Verbrechern, Sadisten, Psychopathen, Soziopathen oder moralisch defekten Individuen ausgeübt wurden. Vielmehr gelang es den Urhebern der Judenvernichtung, „das animalische Mitleid auszuschalten, das jeder normale Mensch angesichts physischer Leiden empfindet.“ (34) Blutrünstige, mordlusterne Horden können sich mit der kalten Effizienz eines kleinen, disziplinierten und streng durchorganisierten bürokratischen Stabes nicht messen. Für den Abbau moralischer Hemmungen sind dabei drei Bedingungen entscheidend: „Die Gewalt muß durch Befehl von oben autorisiert sein, die Handlungen müssen *Routinesache* sein und die Opfer müssen einem Prozeß der *Dehumanisierung* unterliegen.“ (35)

Die Dehumanisierung der Opfer erfolgte durch Ausgrenzung aus dem sozialen Bezugssystem, in dem moralische Regeln Gültigkeit haben sollten: Definition der „Nicht-Arier“ per Verordnung Anfang 1933, dadurch Ausschluß aus der von der nationalsozialistischen Weltanschauung als alles überragenden Wert definierten „deutschen Volksgemeinschaft“, sodann die Entmenslichung an sich durch die Bilder vom „jüdischen Ungeziefer“, vom „Schutz der Rasse“ bis zur „Säuberung“ und „politischen Hygiene“.

Distanz zwischen Täter und Opfer

Ein weiteres herausragendes Merkmal der Moderne erleichterte den Wegfall moralischer Hemmungen: die Distanz zwischen Opfer und Tatbeteiligten über eine lange Kette komplexer Kausal- und Funktionszusammenhänge. Zwischen Plan und Ausführung lag eine Distanz, die mit einer Unzahl minutiöser Handlungen von Befehlsempfängern ausgefüllt war, die jeder Verantwortung entzogen sind: „Ohne die unmittelbare Erfahrung der Konsequenzen eigenen Handelns agiert auch der Untadeligste in einem moralischen Vakuum: Die abstrakte Kenntnis des Bösen ist weder ein zuverlässiger Leitfaden noch ein hinreichendes Motiv.“ (39) Die Opfer unsichtbar zu machen, war daher ein wichtiger Schritt zur Vervollkommenheit der „Vernichtungsethik des Holocaust“. „Die Einsatzgruppen trieben die Opfer vor den Maschinengewehren zusammen und erschossen sie aus relativ kurzer Entfernung; der Abstand zu den Gräben, in die die Ermordeten dann fielen, wurde zwar relativ groß gehalten, die Schützen konnten jedoch die Folgen

ihres Tuns noch übersehen. Die Organisatoren der Vernichtung hielten diese Methode daher auch für primitiv, ineffizient und potentiell schädlich für die Moral der Ausführenden. Andere Mordmittel wurden gesucht, bei denen der Sichtkontakt zwischen Mörder und Ermordeten unterbrochen war: zunächst die Gaswagen, dann die Gaskammern.“ (40)

Die Ausschaltung moralischer Aspekte ist eines der Hauptanliegen der modernen Bürokratie, ja sogar die Grundvoraussetzung für deren Erfolg als Koordinationsinstanz rationalen Handelns. „Und das schließt die Kapazität zur Erzeugung Holocaust-ähnlicher Lösungen ein, die im Rahmen der alltäglichen Problembewältigung vollzogen werden.“ Denn: „Die Bedingungen rationaler Geschäftsführung - wie etwa die bekannte Trennung zwischen privatem Haushalt und Wirtschaft, Privateinkommen und öffentlichen Ausgaben - bergen zugleich bedrohliche Tendenzen, da sie zweckorientiertes, rationales Handeln von der Berührung mit anders (das heißt irrational) gesteuerten Prozessen isolieren und so eine Immunisierung vor potentiell hemmenden Faktoren wie Hilfsbereitschaft (gegenseitige Unterstützung), Solidarität, gegenseitigem Respekt bewirken können, die den Bereich nichtwirtschaftlicher Gebilde bestimmen.“ (43)

Das Judenbild der Moderne

Der Antisemitismus in Form von anti-jüdischen Ressentiments gegenüber den konkret lebenden Juden bietet keine hinreichende Erklärung für den Holocaust. Vielmehr mußte der Antisemitismus mit zusätzlichen Faktoren verschmolzen werden. Ein wesentlicher Faktor liegt in dem vom konkreten gesellschaftlichen Umgang der christlichen „Gastgeber“ mit den Juden völlig abgehobenen Judenbild des Christentums, das die Existenz der Juden an die christliche Heilslehre geknüpft hat. „Man sehnte den Tag christlichen Triumphes herbei, an dem die Juden ihren Irrtum würden eingestehen müssen.“ (52) Dieses Judenbild wirkte über die Zeit der geistigen Herrschaft der Kirche in das säkularisierte Weltbild.

Die soziale Stellung von Juden insbesondere im Polen des 18. Jahrhunderts als Mittelsmänner der adligen Großgrundbesitzer für die Eintreibung der Zinsen und den Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse hatte zweierlei Ressentiments zur Folge: Von „oben“ galten sie wie Bauern und städtisches Kleinbürgertum als „unzivilisiert, schmutzig, dumm und geizig, Pöbel, den man sich am besten vom Leibe hielt“. Von „unten“ wurden sie als die eigentlichen Ausbeuter betrachtet, als „skrupellose, hochmütige Obrigkeit“. (56 f.) Mit dem Aufkommen der Moderne entstand die Möglichkeit, beide Ideologien trotz ihrer Widersprüchlichkeit zu verschmelzen, sie über das Scheitern der antimodernistischen Rebellionen weiter schwenken zu lassen: „als Angst vor dem Nichts, als unstillbares Verlangen nach Sicherheit, in paranoiden Verschwörungstheorien ebenso wie in der hektischen Suche nach der immer schwerer faßbaren Identität“. (60)

Schließlich wurde die internationale Nation der Juden zum natürlichen Opfer des hinterwälderischen Nationalismus, der ein weiteres Produkt der Moderne ist. „Der Jude gehört nicht eigentlich zu dem Lande, das er bewohnt; ebensowenig wie ein Jude aus Polen ein Pole, ein englischer Jude ein Engländer oder ein schwedischer Jude ein Schwede ist, kann ein in Deutschland lebender Jude Deutscher und ein Jude in Preußen wirklich Preuße sein“, zitiert Bauman Friedrich Ruhs, einen Vordenker des Nationalismus. (68)

Dem modernen Judenbild konnten die Juden nicht durch Akkulturation oder Konversion entfliehen. Das Jüdischsein erhielt den Rang eines Naturgesetzes. Bauman berichtet eine Anekdote: „Wollt ihr die Sprache des Blutes kennenlernen?“ fragt ein französischer Graf, der sich, zum Leidwesen seiner Mutter, mit einer Rothschild aus Frankfurt vermählt hatte, die anwesenden Freunde. Er ruft seinen kleinen Sohn und zieht einen Louisdor aus der Tasche. Die Augen des Kindes leuchten. „Seht ihr, der jüdische Instinkt ist nicht zu verbergen“ lautet der Kommentar des Grafen. „Der Mensch ist bevor er handelt; keine seiner Taten beeinflußt dieses Sein - so lautet, groß gefaßt, die philosophische Quintessenz des Rassismus.“ (75)

Moderne, Rassismus und Vernichtung

Bauman unterscheidet Rassismus von Heterophobie und Fremdenhaß „durch seine Praktik, deren Teil er ist und die er rationalisiert; diese Praktik kombiniert architektonische und gärtnerische Strategien mit denen der Medizin - konstruiert werden soll eine künstliche soziale Ordnung, aus der diejenigen Elemente der bestehenden Welt entfernt wurden, die dem erwünschten perfekten Erscheinungsbild nicht angepaßt werden können.“ (80) Wo der Entwurf einer perfekten Gesellschaft vorhanden ist und dieser Entwurf durch konsistente planerische Bemühungen realisiert werden soll wie im Faschismus, kann Rassismus zum Durchbruch kommen. Medizinalrat Dr. med. Arthur Gütt, Leiter der Abteilung für Volksgesundheit im Reichsinnenministerium sah sich in der logischen Folge der biologischen Forschung von Koch, Lister und Pasteur über Auswahl und Ausmerzungen.

Die Vernichtung „unwerten Lebens“ war ein Ziel der Faschisten. Ihre Möglichkeit fußt nach Bauman zweifach in der Aufklärung: Zum einen in der Inthronisierung der Natur als neuer Gottheit und der Legitimierung der Wissenschaft als deren einzigen Kult. Ausgehend vom Glauben an die Einheit von Körper und Geist hoffte man, der Geist werde sich in materiell-körperlicher der Messung und Beobachtung zugänglicher Form offenbaren. Charakterbestimmung aus der Gestalt und den Gesichtszügen repräsentierten so den Optimismus und Ehrgeiz des anbrechenden wissenschaftlichen Zeitalters. Zum andern steht seit der Aufklärung die Gesellschaft wie die Natur der Planung und der Gestaltung offen. „Gartenbau und Medizin waren die Archetypen dieser konstruktivistischen Haltung; Normalität, Gesundheit und Hygiene wurden die Metaphern für die Aufgaben der Gestaltung des menschlichen Lebens.“ (85)

Der moderne Genozid dient so nicht „niedrigen Beweggründen“ wie Bereicherung, Haß oder Heterophobie, er verfolgt ein „höheres Ziel“. „Dieses Ziel ist die Vision einer besseren, von Grund auf gewandelten Gesellschaft.“ (106) Er zeigt, „wie weit rationale Planung und Steuerung in der modernen Zivilisation gehen können, wenn sie nicht überwacht und eingeschränkt, wenn ihr nicht gegengewirkt wird“. (108) (gst)

1 Zygmunt Bauman, *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg Lizenzausgabe der Büchergilde Gutenberg, 1992. Hervorhebungen oder Zitate des Autors sind mit kursiver Schriftart gekennzeichnet. Zygmunt Bauman lehrte bis 1968 in Warschau, bis 1971 in Tel Aviv und in Leeds bis 1991. In deutscher Übersetzung liegen weiterhin folgende Werke vor: *Moderne und Ambivalenz*, Hamburg 1992, *Sterblichkeit und Unsterblichkeit*, Frankfurt 1995, *Postmoderne Ethik*, Hamburg 1995, *Ansichten der Postmoderne*, Argument-Sonderband, Hamburg 1995 (Dieses Buch enthält auch ein ausführliches Interview, in dem Bauman seinen intellektuellen Werdegang schildert.)

(Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Mediennetz, 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6. NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.
7. bis 9.6. FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschluß über das neue Grundsatzprogramm

10.6. Präsidentschaftswahl in Rußland

14.-16.6. Erfurt: Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6. Ort noch unbekannt: Bundestreffen der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FöGA), Kontakt: FöGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

26./27.8. „G-7-Gipfel“ in Lyon, Frankreich.
1.-4.8. „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHL, Moselstr. 25, 60329 FFM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8. Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thüringen

14.8. In einer BGS-Kaserne in Lüneburg beginnt der Mumm-Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB)

15.9. Kommunalwahlen in Niedersachsen
28.9.-4.10. Stuttgart: Gewerkschaftstag der ÖTV

25.-27.10. Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozessen, Infos: IPPNW-Kongressbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

Nov.: Präsidentschaftswahlen in den USA
14.-16. November: a.o. DGB-Bundeskongreß in Dresden mit Beschluß über ein neues Grundsatzprogramm

Heinz Kamnitzer. 1917 geboren. 1933 wegen antifaschistischer Tätigkeit inhaftiert, Flucht nach England, Polytechnikum in London, Hilfsarbeiter und Tischlerlehrling in Palästina, Chefredakteur von „Inside Nazi Germany“ (Schirmherrschaft Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Alfred Kantorowicz), Internierung in Kanada, Mitarbeit beim jüdischen Hilfskomitee für die USA, 1946 Rückkehr nach Berlin, SED-Studium der Philosophie, Professor für Geschichte, ab 1955 freischaffender Schriftsteller. 1970 Nachfolger von Arnold Zweig als Präsident des PEN-Zentrums DDR, Oktober 1989 Rücktritt. Werke i.d. Zv. Vor- geschichte des Deutschen Bauernkrieges, 1953; Der Tod des Dichters, 1974; Heimsuchung und Testament, 1981; Fernsehfas- sungen der Zweig-Romane „Der Streit um den Serganten Grisca“, „Junge Frau von 1914“, „Erziehung vor Verdun“

Bettler
An
Jedem Tag
In
Jedem Blatt
Das auf sich
Hält
Geht es
Um Geld
Nicht nur
Konzerne
Banken
Börsen
Zeigen
Wer
Viel besitzt
Und was ihm
Eigen

Ich denke
Mehr noch
An die Seiten
Wo arme Schweine
Stellen suchen
Denn sie haben
Keine

Da ist
Das Inserat
Vom Arbeitsamt
Es bringt
In Großformat
Ein junger Mann
Schreit
Mit aller Kraft

Hallo Chef
Brauchst du
Nicht
Jemand wie
Mich
Der für dich
Schafft

Bin billig
Auch willig
Hast du nicht
'nen Job
Für mich

Bin immer
Bereit
Zuzupacken
Um für den Boss
Große Brötchen
Zu backen

Also
Melde dich
Und
Schröpfe mich

Der Pharisäer

Es weihnachtet
Sehr
Da will
Eine Mär
Mir nicht
Aus dem Sinn

Heute
Wimmelt es hier
Von Pfarrern
Im Revier
Dagegen
Ist nichts
Zu sagen

Doch
In diesen Tagen
Sind viele
Für
Die irdische Macht
Im Amt

Und hausen oft
Nicht
Wie Gott befohlen
Im Land
Einer
Sucht mich
Immer heim
Vor allem
Unter
Dem Tannenbaum
Bei Kerzenschein

In
Der DDR
Da predigte er
Umkehr
Sei Pflicht
Verlangte
Schon auf Erden
Sollen Schwerter
Zu Pflugscharen
Werden
Wie in der Bibel
Zu lesen
Ist

Mit
Seiner Botschaft
Beschwor er
Seine Gemeinde
Ein Christ
Darf
Nicht dienen
Dem Staat
Als Soldat

Immer noch
Fromm
Heute Minister
In Bonn
Schickt der Hirte
Seine Herde
Zur Bundeswehr
Mit dem Ruf
Volk ans Gewehr
Auch nach Bosnien
Bitte sehr

So
Hat er
Die Schäflein
Hinter sein
Kirchenlicht
Geführt
Was ihn
Nicht rührt

Wenn befragt
Er sagt
Ihr hättet
Selber
Die Heilige Schrift
Studieren
Sollen
Ich habe euch
Nur anregen
Wollen

Dort
Steht geschrieben
Im Buch
Der Propheten
Jesalah und Micha
Wie am Ende
Aller Tage
Der Ewige
Gepriesen sei
Sein Name
Alle Völker
Groß und klein
Zu sich ruft
Hiernieden

Und
Erst dann
Kommt die Zeit
Um Schwerter

In Pflugscharen
Umzuschmieden
So sprach
Der Gottesmann
Froh und heiter
Eilig
Auf dem Weg
Nach oben
Um weiter
Himmel und Waffen
Zu loben

Ekel
Moralist
Ist
Wie du bist
Wenn dich
Die Muse
Küsst

Als Fixstern
Hält
Unsere Zeit
Einen Mann

Heinz Kamnitzer

**Der
Preis
der
Wende**

Ein Preisbuch

GNN-Verlag Sachsen/
Berlin GmbH, 1995;
273 S., 19,90 DM,
ISBN 3-929994-35-6

Bereit
Den jeder kennt
Als Dichter
Man ihn
Vaclav Havel
Nennt

Als Präsident
Seiner Republik
Unterschrieb
Er
Ein Gesetz
Das sich
Nicht
Reimen läßt
Auch nicht
Was er
Über die Liste
Sagt
Die der Bannbulle
Entsprach

„Ich weiß
Von Selbstmorden
Daß Kinder
Aus dem Fenster
Sprangen
Weil sie erfuhren
Daß ihr Vater
Auf dieser Liste steht
Ich kenne viele Fälle
Von absolut sauberen
Unschuldigen Men-
schen
Die auf der Liste er-
schienen
Wodurch sie öffentlich
und
Für ihr ganzes Leben
Gebrandmarkt wur-
den
Ich weiß von Men-
schen
Die offensichtlich nur

Durch einen Irrtum
Auf die Liste gerieten
Was nachher
Zwar dementiert wur-
de
Aber
Was einmal passiert
War
Konnte niemand mehr
Zurechtrücken
Die ganze Angelegen-
heit
Ist sehr traurig
Und unangenehm
Aber zum Glück
Haben wir sie
Hinter uns gelassen
Jetzt interessiert das
Niemand mehr.“

So endet
Ein Moralist
Der spätestens
Danach
Keiner mehr
Ist

Doch
Seid gewiß
Er bleibt
Ein Held
Der westlichen
Welt
Denn Gesetz
Und Listen
Sich richten
Nur gegen
Kommunisten
Damit
Wird er
Eine Lichtgestalt
Umso mehr

Ich Fant
Hatte einst
In meinem Amt
Um Milde
Nachsicht
Für ihn sehr
Gebeten
Jetzt möchte ich
Mich
In den Hintern
Treten

Ich
War zu feige
Allein
Zu widerstehen
Und hoffte
Wider Wissen
Er sei ein Demokrat
Für alle
Jetzt
Haben wir
Den Salat
Und sitzen
In der Falle

(Quelle: Die polnische
Zeitung Gazeta Wy-
borcza, 17. Juli 1993)

Das neue Ghetto

Im Schatten
Der großen Paläste
Von Banken
Und Industrie

Bewacht
Tag und Nacht
Von Beamten
Der Gendarmerie

Verwittern
Hinter hohen Mauern

Und
Eisengittern
Im Altenheim
Zu Frankfurt
Am Main
Still und leise
Greisinnen
Und Greise

Sie haben
Auf
Wundersame Weise
Das braune Reich
Überlebt
Und
Wollen sterben
In der Stadt
Die Goethe
Und Beethoven
Geadelt
Hat

Sie wagen
Selten
Sich hinaus
Um die Passanten
Mit
Dem bösen Blick
Nicht
Zu erinnern
Daß es noch
Juden
Gibt

Auch
Können sie
Nicht mehr
So gut rennen
Wenn
Ihre Jäger
Sie erkennen

Spazieren
Dürfen sie
Jederzeit
Auf ihrem Friedhof
Der
Verschlossen
Bleibt

Da
Trotzdem
Schlagetots
Eingedrungen
Und
Hinter Hecken
Sich versteckten
Hat man beflissen
An allen Gräbern
Die Sträucher
Ausgerissen

Die Polizei
Ich auch
Immer dabei
Wenn sie
Zur Synagoge
Gehen
Denn nichts
Soll ihnen
Auf dem Weg
Zum Tempel
Geschehen

So ist
Vor Ort
Für
Ihre Sicherheit
Gesorgt

Eine Frage
Ich
Noch habe
Wie zumute
Wäre Christen
Wenn sie
So leben
Müßten

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berich-
te, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische
Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über:
GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Ber-
lin), Christoph Cornides (über: GNN, Post-
fach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Del-
jen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln),
Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1,
04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-
Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles
aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer;
für Auslandsberichterstattung: Christiane
Schneider; für Reportagen und Berichte re-
gional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland:
Herbert Stascheit; für aus Betrieben und
Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskus-
sion / Dokumentation und Aus Kultur und
Wissenschaft: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken
mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichter-
stattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichten-
verband baden-württembergischer Be-
triebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenver-
band bayerischer Betriebs- und Lokalzei-
tungen.

Vierteljährliche Bellage: Rundbrief der
„ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete De-
mokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.
Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach
260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7,
50674 Köln.

Tel.: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische
Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7.

Tel.: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50,
Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM.
Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM
(Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement
kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern
Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,-
DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer
erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, S.
Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/694 92 57, Fax: 030/694 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg,
Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31.

Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover,
Tel. 05 11/458 37 93.

Köln: GNN-Verlag,
Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/
21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

München: GNN-
Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 Mün-
chen, Telefon und Fax: 089/502 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Ba-
deweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42/04
65 71 11, Fax: 03 42/04/6 58 93.

Stuttgart: GNN-
Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart,
Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der
Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum
Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,-
DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je
Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (28,-
bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-
Verlag widerruflich, die Rechnung zu La-
sten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674
Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift: